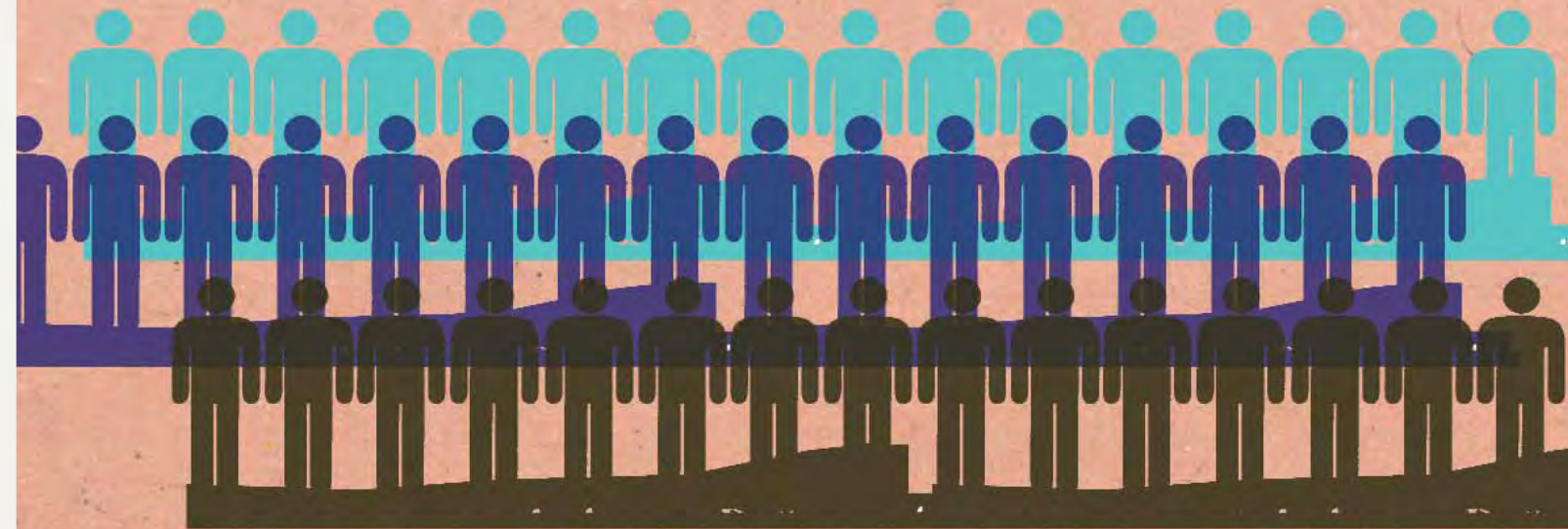




WAHLUMSCHLAG

In diesen Umschlag
dürfen Sie **nur** den
Stimmzettel einlegen.

Sie haben 2 Stimmen



Demokratie



INHALT

- 
- 03 // Editorial // Charlie Morgenweck
04 // Demokratie im Jugendverband // Julian Goll, Maggi Selle, Eike Rösch, Carmen Waack
06 // Die Anrede im Bund ist Du // Herbert Swoboda
08 // Globale soziale Rechte // Jan Tillmanns
10 // Alle Macht den Räten!?! // Jan Tillmanns
12 // Warum es in der DDR keine Demokratie geben konnte // Michael Selle
14 // Demokratie und Wahlcomputer // Constanze Kurz
16 // Mehrheit schlägt Minderheit // Eike Rösch
18 // Der BDP-Niedersachsen in Gorleben
20 // Zongstedt ist eine Demokratie!?! // Kerstin Werner
22 // Zukunfts(t)räume // Roland Grammes
24 // Kinderrechte ins Grundgesetz!- Jetzt! // Jan Tillmanns
26 // Was wollen NichtwählerInnen eigentlich? // Esther Philipps
29 // WG und Demokratie // Maggi Selle
30 // Wie misst man den Wert der Demokratie? // Dennis Blitz
32 // Demokratie und die Macht der Gefühle // Farah Dustdar
34 // Ecke Schillerstraße // Rudolf Berger
36 // Am Rande - Armut und Rechtsextremismus in der BRD // Kay Nadolny
40 // Buch - und Filmbesprechungen // Achim Schröder, Christian Hahn
42 // Impressum

EDITORIAL

Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.

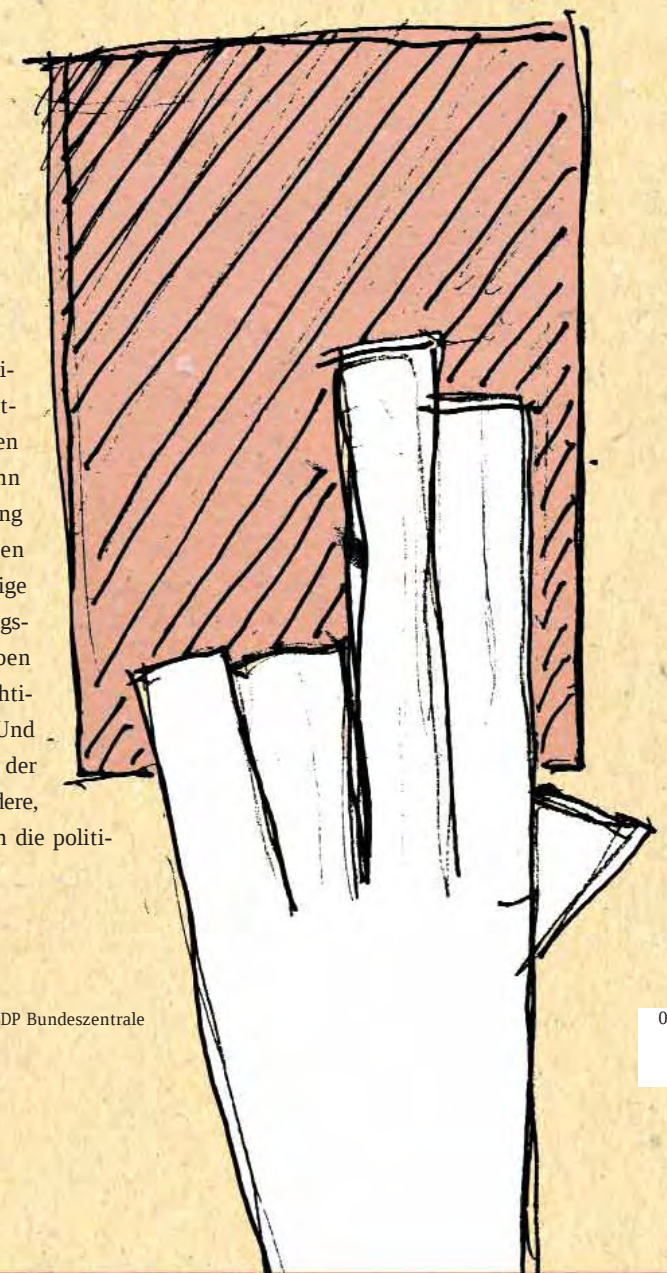
[Richard von Weizsäcker]

Den Begriff Demokratie mit hochpolitischen Dingen zu verbinden führt bei unserer parlamentarischen Demokratie häufig zu Politikverdrossenheit und somit dann auch zu Demokratieverdrossenheit. Dass Demokratie aber mehr ist, als seine Stimme an einen Abgeordneten »abzugeben«, ist der wichtige Aspekt an ihr. Denn nur eine alltägliche demokratische Kultur sorgt für eine Mitbestimmung, die uns unter anderem vor

Rechtsextremismus, Totalitarismus und vor gewaltverherrlichenden Ideologien schützt. Demokratie kann sicher keine einfache Lösung dafür bieten, aber einen Prozess, der durch ständige Zweifel und Nachbesserungsbemühungen am Leben gehalten wird, um den richtigen Weg zu finden. Und genau diese Eigenart der Demokratie ist das Besondere, das sie als Anforderung an die politische Bildung stellt.

Viel Spaß beim Lesen!

Charlie Morgenweck, BDP Bundeszentrale



Demokratische Strukturen in den Untergliederungen

Wenn wir unsere Strukturen aber ein wenig genauer betrachten, muss es natürlich noch etwas komplizierter werden. Denn einzelne Gruppen und Projekte haben sich natürlich in Ortsgruppen oder Kreisverbänden zusammengeschlossen, die wiederum in Landesverbänden und neuerdings auch in freien Untergliederungen organisiert sind, die dann alle zusammen den Bundesverband bilden. Auch die Benennung und Strukturierung der einzelnen Untergliederungen der Bundesebene unterliegt der Bestimmung ihrer Mitglieder. Manche wählen sich einen Vorstand. Manche regeln ihre Angelegenheiten in wöchentlichen Vollversammlungen. Manche stellen hauptamtliche MitarbeiterInnen ein. Manche sind rein ehrenamtlich organisiert. Wir haben kein allgemein gültiges Regelwerk, das Formalitäten für die Struktur der Gruppen vorschreibt. Das erfordert eine gewisse geistige Flexibilität, aber die haben unsere Leute meistens zur Genüge. Und darüber freuen wir uns. Um aber die Mitbestimmung über die Gruppengrenzen hinaus zu gewährleisten sind gewisse Abläufe nötig. In einigen Landesverbänden werden die wichtigsten Entscheidungen auf den Landesdelegiertenversammlungen getroffen. Hier treffen sich die Personen, die in ihrer Ortsgruppe, ihrem Projekt oder ihrem Kreisverband als VertreterIn hierfür gewählt wurden. In anderen (kleineren) Landesverbänden gibt es zu diesem Zweck eine Mitgliederversammlung oder Vollversammlung; auch diese Bezeichnungen werden von jeder Untergliederung selbst festgelegt und variieren daher. Zu diesen Versammlungen werden alle Aktiven eingeladen.

Doch egal ob Landesdelegierten-, Volloder Mitgliederversammlung: eine der Aufgaben der großen Versammlungen ist es, einen Vorstand zu wählen. Der besteht in der Regel aus mehreren Personen und ist in den meisten Untergliederungen paritätisch besetzt (besteht also zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen). Der Vorstand gewährleistet für die Dauer seiner Amtszeit (meist zwei Jahre) eine steti ge Vertretung der Mitgliederversammlung. Er beschäftigt sich mit allen Fragen, die zwischen den großen Versammlungen auftreten. Wenn die Untergliederung hauptamtliche MitarbeiterInnen hat, arbeiten die eng mit dem Vorstand zusammen. Manche arbeiten auch im Modell des »erweiterten Vorstandes«. Hier trifft sich der gewählte Vorstand regelmäßig mit anderen VertreterInnen einzelner Projekte und bespricht und entscheidet gemeinsam mit ihnen die anstehenden Fragen.

Basisdemokratie auf Bundesebene

Auf den großen Versammlungen werden auch die VertreterInnen für die Bundesdelegiertenversammlung gewählt. Traditionell am ersten Dezemberwochenende treffen sich die Delegierten aus allen Untergliederungen zur wichtigsten und grundlegendsten Versammlung des BDP Bundesverbandes. Hier wird der Bundesvorstand für 2 Jahre gewählt. Er besteht

aus vier gleichberechtigten Personen, von denen zwei männlich und zwei weiblich sein sollen (zur Not reicht es, wenn beide Geschlechter im Vorstand vertreten sind). Hier wird auch die Arbeit der hauptamtlichen MitarbeiterInnen in der Bundeszentrale überprüft. Hier wird über neue Ideen und Regelungen abgestimmt, die in Form von Anträgen in die Versammlung eingebracht werden. So kann zum Beispiel auch die Satzung des BDP (das verbandliche Grundgesetz) nur bei einer Bundesdelegiertenversammlung geändert werden. Auch neue Mitgliedsverbände können nur hier aufgenommen werden. Zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen werden anstehende Entscheidungen vom gewählten Bundesvorstand gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Ausschuss getroffen. Der Geschäftsführende Ausschuss ist ein Gremium, das mindestens zwei Mal im Jahr tagt. Hier treffen sich VertreterInnen aller Untergliederungen (meist die Geschäftsführung und ein Teil des Aktivenpools /Landesvorstandes) mit dem Bundesvorstand. Anwesend, aber nicht stimmberechtigt sind immer auch MitarbeiterInnen der Bundeszentrale.

Bei besonders gewichtigen Entscheidungen zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen kann eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung einberufen werden. Neben dem Geschäftsführenden Ausschuss gibt es eine Reihe von Fachausschüssen, die sich nach Themengebieten aufgeteilt zwei Mal im Jahr treffen. Zur Zeit sind das die Fachausschüsse: Politik und Aktion,

Reisen und Internationales, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation. Doch auch hier kommen ab und zu neue Themen hinzu, zu denen dann auf der Bundesdelegiertenversammlung ein neuer Fachausschuss eingesetzt werden kann, wie der sich in Gründung befindene Fachausschuss Migration.

Hauptamtlichkeit vs. Ehrenamt

Immer mal wieder kommt es zu Meinungsverschiedenheiten über die Rolle der Hauptamtlichen in diesem demokratischen Prozess. Es wird zwar auf allen Ebenen unterschiedlich gehandhabt, aber in den meisten Fällen haben die angestellten MitarbeiterInnen des BDP kein Stimmrecht bei den zu fällenden Entscheidungen. Die MitarbeiterInnen der Bundeszentrale haben kein Stimmrecht auf Bundesebene. Die MitarbeiterInnen der Untergliederungen haben teilweise Stimmrecht, wenn sie als VertreterIn ihrer Untergliederung agieren. Das hat seinen vollkommen berechtigten Sinn darin, dass der BDP sich als einen von Jugendlichen selbst verwalteten und selbst geführten Jugendverband begreift. Einfluss wird von den Hauptamtlichen natürlich trotzdem ausgeübt. Allein schon dadurch, dass die Angestellten zumeist viel länger im Amt sind als die Vorstände und Aktiven und daher auch über einen größeren Erfahrungshintergrund verfügen. Diese nötige und gewünschte Kontinuität hat den Nachteil, dass ein(e) HauptamtlerIn während der BDP-Laufbahn öfters mit immer neuen Aktiven immer die alten Probleme wiederkät. Das verleitet einzelne, den für jede Generation neuen und nötigen Diskussionen ablehnend gegenüberzustehen. Zu Konflikten kommt es in dieser

Konstellation dann, wenn hochengagierte junge Menschen das Gefühl haben mit ihren Ideen nicht weiterzukommen, weil ein(e) langjährige(r) MitarbeiterIn sich querstellt. Wir beobachten allerdings gerade in letzter Zeit erfreut eine starke Emanzipation der jungen, engagierten Aktiven, die ihre Rechte selbstbewusst einfordern und durchsetzen.

Die Engagierten reden mit

Ist es nicht wie überall so, dass diejenigen die sich engagieren, die viel Arbeit in den BDP stecken, sich Gedanken machen und sich zu vielen Fragen und Problemen äußern auch mehr Einfluß im demokratischen Prozess nehmen als diejenigen, die sich nicht dafür interessieren und die Hände in die Hosentaschen stecken? Das dürfte in jedem Fußballverein dasselbe sein, wie auch in der »echten« Politik. Demokratie bildet nie die Meinung wirklich aller ab. Es wird nie eine Entscheidung gefällt werden, die alle hundertprozentig mit einbezieht. Auch nicht in einem basisdemokratischen Jugendverband, wie dem BDP. Das ist einfach so und braucht auch niemanden zu frustrieren. Denn was wir tun können ist, unsere Prozesse - so kompliziert und umständlich sie auch erscheinen - für junge Menschen und mit jungen Menschen so attraktiv zu machen, dass sie erstens Spaß daran finden, den BDP demokratisch mitzugestalten und zweitens das bei uns Erfahrene auch in der Welt außerhalb des BDP umsetzen.

Julian Goll, Maggi Selle, Eike Rösch, Carmen Waack ,
BDP Bundesvorstand 05

DIE ANREDE IM BUND IST DU

»Spitze die Ohren, Bruder Wolf: alle kleinen Wölfe, die folgen dem Alten, aber ein Wolf gibt sich selber nie nach, sonst trifft ihn ewige Schande und Schmach.« In diesem Kanon wird das Gesetz der Kinderstufe (»Wölflinge«) im klassischen BDP zusammengefasst. Kann es in einer Bruderschaft Demokratie geben?

Als Bruderschaft war damals der BDP definiert und die vaterlose Generation strömte in die Gruppen, die von wenig älteren (großen Brüdern) geführt werden. Die wenigen Männer im Bund waren Respektspersonen, manchmal Vatersersatz. Um das Prinzip der Gleichheit zu verdeutlichen, schrieb die Bundesordnung fest »Die Anrede im Bund ist Du«.

Zur Verdeutlichung: noch 1960 sprachen sich Studenten an der Uni untereinander per Sie an. Der Bund war kein Verein, in den man einfach so eintreten konnte. Man wurde »gekeilt«, d.h. ausgesucht und wer durch Freunde kam, musste als »Wildling« oder »Neuling« erst mal eine Probephase durchlaufen, bis er aufgenommen wurde. Dies geschah örtlich unterschiedlich, teils feierlich, teils mittels Taufen nach Verarschungsszenario. Man bekam dabei auch einen neuen Namen, den Pfadfinder- oder Fahrtennamen. Durch die Abgabe des Pfadfinderversprechens trat man auf freiwilliger Basis dem Bund bei und verpflichtete sich, den Pfadfindergesetzen zu gehorchen. Ein- bzw. Unterordnung waren gefragt, aber man konnte sich durch ein Probensystem in der Hierarchie der einzelnen Stände hocharbeiten. Sanktionsmöglichkeiten gegen gruppenunkonformes Verhalten gab es informell durch Gruppendruck bis hin zur »Gruppenbastonnade« (Stockschläge auf die Fußsohlen). Per Beschluss des Sippenrats oder des Stammesthings (Ortsgruppe) konnten Mitglieder aus unterschiedlichen Gründen ausgeschlossen werden. Dagegen konnten die »Ehrengerichte« angerufen werden, bis hin zur letzten Instanz, dem »Bundesehrengericht«.

Bei all dem ist zu bedenken, dass die Mitgliedschaft vollkommen freiwillig war, d.h. jeder jederzeit die Möglichkeit hatte auszutreten. Das passierte auch oft, teils individuell, teils gruppenweise. Dabei gab es die Richtung von religiös gebundenen Gruppen zum BDP, vom BDP zu den Jungenschaften (die einen Tick elitärer waren, als der BDP). Was inhaltlich passierte, entstand als Idee und Konsens in der Gruppe, wie z.B. Wochenend- oder Großfahrten. Gegen den Willen der Gruppe konnte ein Führer weder formal noch real etwas durchsetzen.

Die formalen Entscheidungsstrukturen waren gegliedert in Stammes-, Landes- und Bundething und wurden aus den jeweiligen Führern der Untergliederungen gebildet. Eine Ausnahme bildeten die Landesthings, dort hatten neben den aktiven Führern die sogenannten »Feldmeister« ebenfalls Stimmrecht, auch wenn sie selbst keine Gruppe leiteten.

Die erste demokratische Reform im BDP war deshalb die Abschaffung des Feldmeisterstimmrechts unter dem Bundesführer Jochen Senft (ca. 1965). Unmut gab es in den großen Landesmarken mit unterschiedlichen Auffassungen, wie z.B. bündisch vs. scoutistisch oder wie der BDP zur Wiederbewaffnung der BRD stand. Diese unterschiedlichen Strömungen waren jeweils durch einen einzigen Mensch, den Landesfeldmeister repräsentiert (der natürlich seine Fraktion vertrat). Dies führte schließlich zur Einführung des Delegiertensystems, welches die Artikulation unterschiedlicher Meinungen innerhalb eines Landesverbandes ermöglichte. Ironie der Geschichte: ausgerechnet der Landesverband Hessen betonierte diese Meinungsvielfalt in den 90er Jahren wieder zu: seitdem dürfen nur LV-konforme Anträge an die BDV gestellt werden.

Herbert Swoboda, BDP Main-Taunus

Globale Soziale Rechte

Annäherung an ein politisches Schlagwort

Die Demokratie, die in dieser Ausgabe des Bundesinfo´ im Brennpunkt steht bringt ja bekanntlich auch so gewisse Rechte mit sich, die Mensch hat oder eben auch nicht. Als Bundesbürger habe ich das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, das Recht mich jederzeit mit anderen zu versammeln, um für oder gegen X zu demonstrieren. Diese werden mir durch die Verfassung der BRD, das Grundgesetz, garantiert.

Desweiteren gibt es noch viele andere Gesetzesregelungen, in denen meine Rechte und Pflichten als Staatsbürger dieses Landes festgehalten werden. Beim Begriff »Globale soziale Rechte« gestaltet sich dies allerdings ein wenig schwieriger.

Wie jetzt?

Globalisierung sagt den meisten von uns sicherlich was? Jeans werden zur Produktion von Panama zum Bleichen in die Türkei und zum Etikett aufnähen nach Taiwan geschickt und zum Verkauf nochmal um den ganzen Erdball in die uns allseits bekannten Einkaufspassagen deutscher Kleinstädte verfrachtet. Na ja, oder so ähnlich...

In den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren regte sich aber ebenfalls auf dem gesamten Globus erheblicher Widerspruch und Skepsis über die zunehmende Globalisierung - vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor - und deren fatale Auswirkungen auf Menschen sowie Umwelt.

Bei den sogenannten Gipfeltreffen der mächtigsten Industriekapitäne und PolitikerInnen, wie in Seattle (1999) über Genau (2001) bis zu den G8-Protesten in Heiligendamm im vergangenen Jahr demonstrierten mehrere tausend Menschen von poppigbunt bis »black block« aus vielen verschiedenen Erdteilen gegen zunehmende Umweltzerstörung, gegen Hunger und Krieg, miese Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit sowie Bildungsabbau.

ganzes ablehnt, auf der anderen Seite eine moderatere Linke, welche bestimmte Teile der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse verändern möchte. Hier die Vielfalt der Gruppen aus den sozialen Bewegungen, dort Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen, da ArbeitnehmerInnenorganisationen und Parteien. Hm, also so langsam wird's unübersichtlich. Wenn wir dann auf die politischen Inhalte der einzelnen Gruppierungen zu sprechen kommen wird die Konfusion sehr bald perfekt.

Um die vielfältigen Inhalte der globalisierungskritischen Bewegung in einen Container zu packen, wurde der Begriff der »Globalen Sozialen Rechte« erfunden.

Annäherung

Die linke Zeitschrift Fantomas versucht in ihrer aktuellen Ausgabe unter dem Titel »Globale Soziale Rechte« etwas Ordnung in diesem Container zu schaffen aber gleichzeitig auch die Vielfalt seines Inhalts darzustellen bzw. so zu belassen. Dabei werden in den verschiedenen Beiträgen Auseinandersetzungen um ebendiese dargestellt. Diese reichen von Arbeitskämpfen entlang der globalisierten Produktionsketten über Auseinandersetzungen um Probleme des Verhältnisses zwischen reichem Norden und armen Süden, bis zu Kämpfen um den Rechtsstatus von MigrantInnen in der BRD.

Theoretisch...

Das Heft startet mit einem theoretischen Teil. Im Beitrag »Demokratie und Eigentum?« skizziert Werner Rätz von attac historisch das Verhältnis von demokratischer Beteiligung der Menschen und der Eigentumsfrage. Stefanie Gräfe stellt sich im Text »Globale Soziale Rechte und Lebensformen« die Frage, wie ein »gutes Leben« jenseits der von den Medien präsentierten Idealbildern aussehen könnte. Iris Nowak antwortet ihr in »Emanzipation lebt nicht vom Recht allein« auf diese Frage, indem sie darauf hinweist, dass in der Diskussion alternativer Lebensformen immer auf bestimmte Teilaspekte wie z. B. Arbeitsbedingungen geachtet würde aber das der Bereich wer überhaupt mit wem zusammen lebt, wer darin Verantwortung übernimmt und Sorge für die übernimmt, die in diesem Zusammenleben nicht in gleichem Maße beitragen können meist völlig ausgespart werde.

...praktisch...

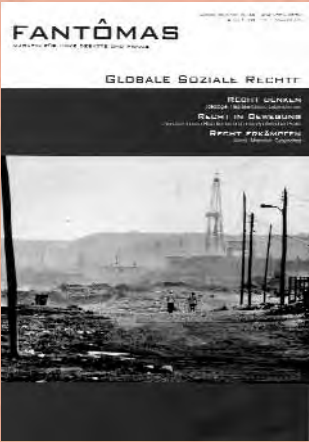
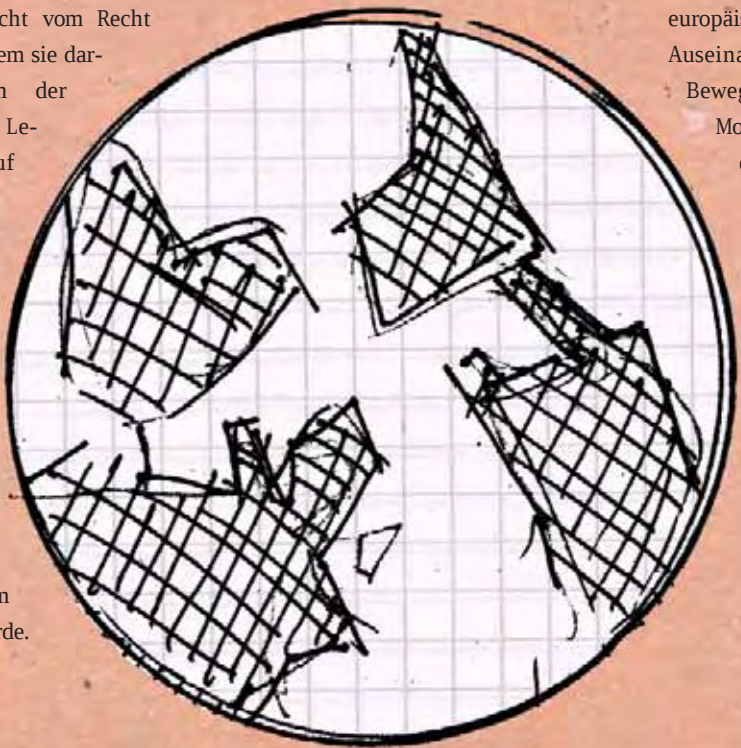
Der zweite Teil des Hefts »Recht in Bewegung« ist da schon der wesentlich spannendere Part. Dieser beschäftigt sich mit der praktischen Auseinandersetzung mit globalen sozialen Rechten, dem was die Gruppen unter diesen verstehen bzw. auf welche Art und Weise sie diese in ihren Strukturen diskutiert haben. Zu Beginn präsentieren die

»Gesellschaft für Legalisierung« und die »Initiative für Globale Soziale Rechte« die Erfahrungen ihrer Arbeit, die durch die Beiträge von der Menschenrechtsorganisation »medico international« und VertreterInnen der Gewerkschaft IG Metall abgerundet werden.

In diesen Artikeln wird deutlich klarer als im theoretischen Teil, was dieser Begriff eigentlich konkret für die AkteurInnen bedeutet.

Praxis von verschiedenen Initiativen portraitiert. Im Artikel »Grade fürs Nötigste« wird über so genannte »Social-Cash-Transfers« berichtet. Diese werden in der Sozialpolitik in vielen afrikanischen Staaten zur Unterstützung von Bedürftigen eingesetzt. In »Gesichter der Migration« und »Wir verteidigen das Recht auf Hoffnung« wird berichtet auf welche Art und Weise eine Bewegung um globale soziale Rechte sich weltweit organisieren könnte. Ein Schlaglicht in den Alltag von Menschen an der europäisch-afrikanischen Grenze und deren Auseinandersetzung um das Recht auf Bewegung wirft der Beitrag von Mohammed Talbi. Abgerundet wird diese Fantomas-Ausgabe mit einem Bericht über die erste britische Anti-Sklaverei-Bewegung als erste Menschenrechtskampagne der Welt.

Jan Tillmanns, BDP Bundeszentrale



Fantomas Nr. 13 / Sommer 2008

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

ALLE MACHT DEN RÄTEN!?!

Ratgeben, Rat schlagen, Rat holen, Ratlos.... Rätedemokratie? Aber wer berät denn dort dann eigentlich über was und wer berät nun wen?

Eine Rätedemokratie oder Räterepublik ist ein politisches System, bei dem die Herrschaft von der Bevölkerung über direkt gewählte Räte ausgeübt wird und bei welchem der Gedanke von Selbstverwaltung und Basisdemokratie im Vordergrund steht. In einer sogenannten Räterepublik sind die WählerInnen in Basiseinheiten organisiert, beispielsweise die Angestellten eines Betriebes oder die BewohnerInnen eines

Bezirks. Sie entsenden direkt gewählte Delegierte oder Abgeordnete als öffentliche Funktionsträger, die GesetzgeberInnen, Regierung und Gerichte in einem bilden. Es gibt somit keine Gewaltenteilung. Weiterhin existiert keine Vielfalt von Parteien, weil die Räte den einheitlichen Willen der Bevölkerung verkörpern sollen.

Die Räte werden auf mehreren Ebenen gewählt: Auf Wohn- und Betriebsebene werden in Vollversammlungen Abgesandte in die örtlichen Räte entsandt. Diese delegieren wiederum Mitglieder auf die nächsthöhere Ebene, die Bezirksräte. Das System der Delegierung setzt sich bis zum Zentralrat auf staatlicher Ebene fort, die Wahlvorgänge geschehen somit von unten nach oben. (Basisnähe und Antizentralismus) Die Ebenen sind meist an Verwaltungsebenen gebunden und haben ein imperatives Mandat, das heißt sie sind an den Auftrag

bzw. den jeweiligen Beschluss ihrer WählerInnen gebunden - im Gegensatz zum absoluten Mandat wie in den westlichen parlamentarischen Demokratien (BRD oder USA) bei dem die gewählten MandatsträgerInnen nur »ihrem Gewissen« verantwortlich sind. Die Delegierten oder Räte in einem Rätesystem können von ihrem Posten jederzeit abberufen oder abgewählt werden (recall). Dazu soll in regelmäßigen zeitlichen Abständen eine Rotation der Ämter stattfinden, um eine häufige Wiederwahl zu verhindern. In einem ständigen demokratischen Willensbildungsprozess soll so einer Verselbstständigung der Gewählten bzw. einem Missbrauch der Ämter vorgebeugt werden.

Geschichte der Rätedemokratie

Der Rätegedanke bzw. die Idee der Räterepublik entstand aus der ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts. Sie wurde in deren verschiedenen Strömungen sowohl von Michail Bakunin (Anarchismus), als auch von Karl Marx (Sozialismus /Kommunismus), Lenin sowie später ab den 1920er Jahren von den sogenannten RätekommunistInnen weiterentwickelt.

Nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871 wurde während der russischen Revolution 1905 erstmals in der Neuzeit ein Rätesystem umgesetzt. Wie bereits in der Pariser Kommune waren in diesen Räten alle gewählten Mitglieder jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar, außerdem durften sie nur einen durchschnittlichen Lohn verdienen und hatten keine Privilegien. Damals bildeten sie spontane Selbstverwaltungsorgane (Räte, russisch »Sowjety«). Nach der Niederschlagung der

Revolution 1905 wurde dieses Rätesystem von Lenin und den Bolschewisten nach der Oktoberrevolution 1917 fest eingerichtet. Diese sollten später das Grundgerüst der Sowjetunion darstellen.

Doch schon sehr bald nach der Oktoberrevolution und dem Ausbrechen des Bürgerkriegs zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen schränkten die Bolschewisten die Kompetenzen der Räte zugunsten der Kommunistischen Partei (KP) ein. Infolge dieser Geschehnisse kam es zu Aufständen und Protesten aus Teilen der Bevölkerung, die bislang die Revolution sowie das Rätesystem unterstützt hatten. Diese Proteste wie der ArbeiterInnenaufstand in Petrograd oder der Matrosenaufstand in Kronstadt wurden von den Bolschewisten mit Gewalt niedergeschlagen. Auch die Bewegung der Machnotschina um Nestor Machno in der Ukraine unterstützte zunächst die Oktoberrevolution und installierte zwischen 1918 und 1922 ein, an anarchistischen Ideen orientiertes Rätesystem. Auch dieses Rätedemokratie fand 1922 ein jähes Ende, nachdem die ehemals mit ihnen verbündeten Bolschewisten, nach Ende des Bürgerkriegs, die Machnotschina angriffen und besiegten. In den folgenden Jahren wurden die Kompetenzen der Räte, die der Sowjetunion ihren Namen gaben, unter der Herrschaft Stalins fast vollständig beschnitten.

Entscheidende inhaltliche Differenzen zwischen Bolschewisten und AnhängerInnen des Rätegedankens, den sogenannten RätekommunistInnen, bestanden in der Einschätzung der Führungsrolle der Partei. Diese wurde von den RätekommunistInnen zugunsten des Gedankens der Selbstverwaltung vehement abgelehnt.

In der Umbruchzeit nach dem Ende des 1. Weltkriegs bildeten sich nach dem Vorbild der Russischen Sowjetrepublik auch in Österreich, Ungarn, und Deutschland spontan Räte. Der erste Rat auf deutschem Boden wurde am 4. November 1918 in Kiel gegründet. Bereits im Dezember 1918 beschlossen die Räte aus ganz Deutschland im Reichsrätekongress jedoch, Wahlen zu einer verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung abzuhalten und entschieden sich somit mehrheitlich für eine parlamentarische Demokratie und gegen ein Rätesystem.

Doch der Bildung von Räten und dem Festhalten am Rätesystem tat dies keinen Abbruch. Nach einem Aufstand ihrer BefürworterInnen im Januar 1919 stieg deren Zahl weiter an - nun gab es sogenannte ArbeiterInnen- und Soldatenräte auch in Berlin, München, Hamburg, Bremen und dem Ruhrgebiet. Mit der Idee der Räterepublik verbunden war das Ziel der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (Kohle, Eisen und Stahl sowie Banken) im Sinne von Marx und teilweise nach dem sowjetischen Modell.

Die Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft bekämpften diese Bewegung und gründeten einen Fonds, mit dem insbesondere als Freikorps bezeichnete Privatarmeen finanziert werden sollten. Deren Ziel sollte die militärische Zerschlagung der Rätedemokratie sein. Im Verlauf des Jahres 1919 kam es in Deutschland zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, in deren Verlauf die bekanntesten VerfechterInnen des Rätegedankens - Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - von Freikorps ermordet wurden.

Im März 1919 beschloss die Reichsregierung gegen die Räte in ganz Deutschland vorzu-

gehen. Infolge dessen löste die reguläre Armee mit Hilfe von Freikorps-Soldaten die Räterepubliken gewaltsam auf.

Neben Deutschland entstanden in diesem Zeitraum auch Räterepubliken in Ungarn, Österreich, der Slowakei und dem Iran, deren Bestehen aber nur von kurzer Dauer war. Die meisten wurden von ihren politischen GegnerInnen zerstört.

Die Räte tauchten im Laufe der Jahre erst wieder in der Zeit des ungarischen Volksaufstands von 1956 auf. Auch die »Runden Tische« im Endstadium der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik trugen räterepublikanische Züge.

Heute gibt es mehrere Bewegungen auf der ganzen Welt, die ihre autonomen Gebiete, Fabriken oder auch Stadtteile nach dem Räteprinzip organisieren Zu ihnen gehören die Bewegung der Zapatistas im mexikanischen Bundesstaat Chiapas (seit 1994),die FabrikbesetzerInnen (piqueteros) in Argentinien und die Basisbewegungen Venezuelas.

Allen Bewegungen gemeinsam ist, dass die Menschen immer wieder in Krisenzeiten des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems versuchen das Leben der Gemeinschaft nach Räteprinzipien zu gestalten und eine Demokratisierung des gesamten Lebens zu verwirklichen.

Jan Tillmanns, BDP Bundeszentrale

Infos zum weiterlesen:

Alle Macht den Räten - Texte zur Rätebewegung in Deutschland 1918/19- ; Band I; Unrast-Verlag; 248 Seiten; 14,80 Euro; ISBN-13: 978-3897719101

Alle Macht den Räten - Rätemacht in der Diskussion; 512 Seiten; 14,80 Euro; ISBN-13: 978-3897719149

Die Revolution ist keine Parteisache - Cajo Brendel; Unrast-Verlag; 320 Seiten; 18 Euro; ISBN-13: 978-3-89771-462-5

Weniger Staat - mehr Gesellschaft - Rolf Cantzen; Trotzdem-Verlag; 264 Seiten; 14 Euro; ISBN: 978-3-92209-81-2

Arbeiterräte - Texte zur sozialen Revolution - Anton Pannekoek; Germinal-Verlag; ISBN: 978-388663-490-3

Anarchismus - Eine Einführung; Degen/Knoblach; Verlag theorie.org; 10 Euro; ISBN: 3-896557-585-6

WARUM ES IN DER DDR KEINE DEMOKRATIE GEBEN KONNTE

Ein Erklärungsversuch!

Aus Sicht der Historiker ist es völlig klar, warum es in der DDR keine Demokratie geben konnte. Schuld sind die Russen, Lenin, Marx ein bisschen und vor allem aber die Leute in der SED. Letztere waren selbst zum Zeitpunkt des Untergangs immerhin über 2 Millionen. Schön viele Schuldige. Die machen es einem leicht, die Unzulänglichkeit eines Systems zu erkennen.

Das deutsche Gebilde davor hatte auch ein paar Macken. Und es hatte Hitler! Das war für viele Deutsche ein großes Unglück und für manche ein großes Glück, denn niemand musste sich mit seiner eigenen Schuld befassen. Es gab Hitler und auch keine Demokratie. Mit Demokratie hätte man keine Welt erobern müssen oder können und wegen Demokratie gleich gar nicht.

Nun hat ja aber die DDR nicht vorgehabt die Welt zu erobern. Dazu war sie glücklicherweise zu klein. Ein wenig versucht hat sie es schon. In Nicaragua und Kuba und Vietnam. Na ja, Vietnam ist kein gutes Beispiel, da waren schon die Amerikaner und die hatten Demokratie, damals schon. Dann nehmen wir lieber Afghanistan. Dort waren die Russen schneller. Aber weil die nicht das erreichen konnten was sie wollten, sind sie mit hängenden Ohren wieder abgezogen.

Dann haben sich, um die Überlegenheit der Demokratie zu demonstrieren - keine Sorge, Demokratie und demonstrieren klingt nur so ähnlich, hat aber nichts miteinander zu tun - also um die Überlegenheit der Demokratie zu demonstrieren haben sich dann die Amerikaner um Afghanistan gekümmert. Schließlich haben auch Afghanen ein Recht auf Demokratie. Chinesen auch, aber das sind verdammt viele, viel mehr, als es Amerikaner gibt, deshalb kümmern sich die Amerikaner dort nicht so doll.

Zurück zu Hitler. Von dem haben sich die Deutschen nicht selbst getrennt, dafür hatten sie ihn offenbar zu lieb, das mussten Russen, Amerikaner und Engländer tun. Die Franzosen halfen ein wenig. Da es nach Hitler und seinem Krieg irgendwie weiter gehen musste, haben sich die vier oben genannten Sieger Gedanken gemacht und demokratisch entschieden, wer welches Häufchen deutsches Unglück abbekommt. Das russische Häufchen nannte sich später DDR. Darin hatten die Russen das Sagen. Aber nicht lange. Sie fanden, dass es ziemlich stressig ist, deutsches Unglück zu verwalten und entschieden, das den Deutschen selbst zu überlassen. Es müsse ausreichen, hin und wieder nach dem Rechten zu sehen. Also fanden sich einige Deutsche mit Namen Pieck, Grotewohl, Honecker, Stoph, Ulbricht, um zu beraten, wie es weiter gehen könnte. Es sollte keinen Krieg mehr geben, keinen Kapitalismus, keine Nazis, die Russen sollten zufrieden sein und die Glaubenssätze von Marx und Lenin sollten sich auch irgendwie in der Praxis wiederfinden. Praxis. Die Praxis als Wahrheitskriterium. Das war es. Nach fast 100 Jahren Theorie, zur Erinnerung, das kommunistische Manifest erschien im Jahr der Revolution 1848, gab es wie durch ein Wunder die Möglichkeit, auf deutschem Boden Praxiserfahrung mit dem Kommunismus zu sammeln. Es gab nur ein kleines Problem. Der Deutsche Marx hat nicht gesagt wie es geht, nur, dass es sein muss, und der Russe Lenin hat in seinem kurzen Experiment von 1917 bis 1924 keine Gelegenheit gehabt, irgend etwas auszuprobieren, weil immerfort Krieg geführt werden musste.

Da standen nun die Piecks und Ulbrichts, mussten etwas tun und wussten nicht was. Die Russen hatten ihnen während des Krieges einiges beigebracht. Aber so ganz

genau wussten es die Russen auch nicht. In deren russischer und sowjetischer Praxis gab es Mord und Totschlag wie im Mittelalter, das wussten die neuen deutschen Führer. Als es einmal im weimarischnrepublikanischen Deutschland Demokratie gab, haben sich die Leute demokratisch für Hitler entschieden und sich furchtbar erschreckt, dass er solche Sachen gemacht hat. Das sollte nun auch nicht gleich wieder passieren. Man brauchte also ein paar Notbremsen.

Da haben sich die neuen deutschen Führer für einen Mittelweg entschieden und ein Land zusammen gezimmert, das ein bisschen preußischer Staat mit Ministern und Bediensteten, Weimarer Republik mit Wahlen zu den Parlamenten und leninsche Partei neuen Typus mit der SED war, das dem Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein Ende bereitete, das allen Bildung und Frieden, Essen und Kindergärten, Wohnungen und Kulturhäuser bringen sollte. Das ging eine Weile gut. Am Anfang war den Leuten Demokratie auch ziemlich egal. Es war ja klar was getan werden musste. Entrümmern, Nazis vors Gericht bringen, Junker enteignen, Fabriken aufbauen. Aber schon bald hatten einige Leute vergessen, dass es Hunger und Hitler gab. Undank ist der Welten Lohn, dachten die Oberen, sagten das den Querulanten und schlossen sie ein oder aus. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Das war die Devise. Im »für uns« gab es doch alles. Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED, Christen in der CDU, Liberale hatten eine eigene Partei und Nationaldemokraten auch, sogar die Bauern. Es gab demokratische Frauen und die Freie Deutsche Jugend. Alle zusammen nannten sich Nationale Front. Es gab Wahlen und Gewerkschaften, Bürgermeister und Abgeordnete. »Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit« hieß es, Brot und Spiele für alle.

Viele haben über vieles diskutiert und debattiert, gestritten und gerungen, gerätselt und gehadert. Es sollte keine Arbeits- und keine Obdachlosen geben, keine Hungernden und keine Abtrünnigen. Aber irgendwo war ein Fehler im System. Das System war zu kompliziert geworden. Es war so komplex, dass es zunehmend Aufpasser und Regulatoren, Wachleute und Bürokraten, Wegschließer und Grenzhüter hervorbrachte, deren Sorge nur darin bestand, jede auch nur kleinste Erschütterung des so sensiblen Ganzen zu vermeiden. Jede Veränderung war eine Gefahr. Gefahr erzeugt Angst und Angst ist ein schlechter Ratgeber. So verkehrte sich das gut Gedachte in sein Gegenteil. Aufpasser beschnitten Kreative, Wegschließer schlossen Denker weg. Angst trieb die Oberen und Angst regierte das Volk.

In der DDR konnte es keine Demokratie geben weil es keine geben sollte. So einfach ist das und so schwierig zugleich. Wer verhandelt schon mit dem Löwen in dessen Höhle? Die Honeckers und Stasis, die Partei- und FDJ-Sekretäre haben ordentlich mitgemacht. Sie waren Teil des Systems und somit Elemente des Fehlers in selbigem. Sie haben durch ihre Brillen nicht sehen können, was sie anrichten. Ein Brillenwechsel erschien ihnen zu riskant.

Epilog: Im Jahr 2008, 19 Jahre nach dem Ende der DDR, haben 250.000 Menschen in Thüringen eine Petition unterschrieben, mit deren Hilfe der Landtag dazu bewogen werden soll, Volksentscheide im Land vor und hinter dem gleichnamigen Wald zu ermöglichen. Ob dieses Ansinnen von Erfolg gekrönt sein wird, steht noch in den sprichwörtlichen Sternen.

Michael Selle, BDP Thüringen



Das Bundesministerium des Inneren (BMI) ist in Deutschland für die Genehmigung des Einsatzes von Wahlcomputern für parlamentarische Wahlen zuständig. Lediglich eine Firma, der holländische Hersteller Nedap, hat derzeit eine solche Genehmigung. Doch nicht jeder Computer, der im Wahllokal steht, wird auch getestet: Die Firma Nedap versichert nur durch eine beiliegende Baugleichheitserklärung, dass der Rechner baugleich mit einem einmalig geprüften und zugelassenen Baumuster ist.

Die Erfassung der Wählerstimmen in den Wahllokalen ist rein elektronisch, Papier zur unabhängigen Zählung wird dabei nicht verwendet. Die »Auszählung« um 18 Uhr am Wahltag ist praktisch nur ein Knopfdruck und damit eine für den Wähler oder Beobachter nicht nachvollziehbare Summenbildung innerhalb des Computers. Dass dieser nicht manipuliert ist, darauf muss der Wähler vertrauen, denn eine Überprüfung kann er nicht verlangen, auch nicht selbst durchführen. Eine derartige Prüfung sei für jeden einzelnen Wahlcomputer zu aufwendig und mit hohen Kosten verbunden, argumentieren das BMI und die Prüfbehörde Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) unisono, dies sei vor allem unrentabel.

Natürlich ist die Rentabilität des Wahlcomputereinsatzes gegenüber dem hohen demokratischen Gut einer überprüfbaren

parlamentarischen Wahl eigentlich gar keine Kategorie. Doch Wahlen mit Computern sind jetzt schon teuer, genauere Tests würden wohl kaum in den Etat von Städten und Gemeinden passen.

Doch die Anforderungen an den einen in der PTB geprüften Wahlcomputer, den der Hersteller zur Verfügung gestellt hat, reichen offenbar nicht einmal aus. Denn die Sicherheit vor Manipulationen wurde hier nur implizit erprobt. Dass die Software der Wahlcomputer keine Sicherheit gegen Wahlfälschungen bietet, fanden die behördlichen Prüfer nicht heraus. So konnte der Chaos Computer Club (CCC) gemeinsam mit einer holländischen Stiftung 2006 zeigen und öffentlich machen, dass der Computer in einfacher Weise manipulierbar ist. Die Steuerungssoftware wurde beispielsweise derart programmiert, dass sie Stimmen einem Kandidaten »zuschiebt«. Solch eine Manipulation könnte etwa morgens im Wahllokal durch eine Tastenkombination initialisiert werden.

Welchen Grund sollte also ein Wähler haben, dem Hersteller der Wahlcomputer zu vertrauen? Und wie kann er wissen, ob während der Lagerung zwischen den Wahlen in einem Keller eines Rathauses ein Politiker nicht doch der Versuchung erliegt, den Computer zu manipulieren? Das Softwareprogramm, das den Computer steu-

ert und die Stimmabgabe aufzeichnet, könnte er gezielt modifizieren. Die PTB betont zwar, die Wahlcomputer seien schon deshalb sicher, weil der Quellcode dieser Software geheim sei. Der CCC hat unterdessen bewiesen, daß man den Computer auch ohne Quellcode manipulieren kann. Zerknirscht musste die Behörde dies einräumen. Die Genehmigung für den Einsatz in den Gemeinden besteht dennoch weiterhin. Wahlcomputer lösen einige bekannte Schwierigkeiten bei Wahlen, etwa durch die Verkürzung der Auszählung. Leider schaffen sie aber gleichzeitig viele neue Probleme. Diese sind oft technischer oder juristischer Natur, vor allem aber eine Frage des Vertrauens in die Wahlabläufe.

Bei der hessischen Landtagswahl, die am 27. Januar 2008 stattfand, hat der CCC mit Hilfe einer Wählerin versucht, den Einsatz der Wahlcomputer juristisch untersagen zu lassen. Als dies misslang, wurde nach der Wahl Einspruch eingelegt. Juristisch ging es vor dem Wahlprüfungsgericht um die Verletzung der Grundsätze der Öffentlichkeit und Amtlichkeit der Wahl. Tatsächlich hätte aber auch das Vertrauen in die Legitimität der Wahl geprüft werden müssen.

Der Grundsatz der Öffentlichkeit einer Wahl bedeutet, dass jeder prüfen können muss, ob die Wahl ordnungsgemäß abläuft. Er kann dabei die Wahl beobachten, denn es darf

nicht einfach hinter verschlossenen Türen gezählt werden. Diese Kontrolle durch die Bürger ist mit dem Einsatz der Computer nicht mehr möglich. Die Transparenz der Wahl auf Papier, die Vertrauen entstehen lässt, kann nicht mehr existieren, wenn jede Wahlhandlung in einem undurchsichtigen Kasten stattfindet.

Ob der Computer kurz nach 18 Uhr ein korrektes Ergebnis ermittelt, kann ein Wahlbeobachter also nur hoffen. Das die Steuerungssoftware nicht nur unmanipuliert, sondern auch richtig programmiert wurde, kann man dem Computer von außen schließlich nicht ansehen. Auch die Wahlvorstände stehen vor diesem Problem: Nicht jeder ist ein Softwarespezialist - doch auch als solcher könnte er nicht prüfen, ob in den Computern alles mit rechten Dingen zugeht. Denn die Software in den Nedap-Wahlcomputern ist wegen des Schutzes von Betriebsgeheimnissen gar nicht öffentlich zugänglich.

Bisher hat niemand behauptet, eine Manipulation eines Wahlcomputer während einer Wahl vorgenommen zu haben. Durch die mangelhafte Kontrollierbarkeit besteht aber durchaus die Gefahr, dass solch ein Verdacht gar nicht erst aufkäme, ein Wahlfälscher also kaum befürchten müsste, entdeckt zu werden.

Constanze Kurz, Chaos Computer Club

MEHRHEIT SCHLÄGT MINDERHEIT

Beim Castor wird im Namen der Demokratie geprügelt

22.2.1977
Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht benennt Gorleben als Standort für ein »Nukleares Entsorgungszentrum«.

9.11.2008, ca. 23.50 Uhr
Mit Schlagstöcken und Tränengas räumt die Polizei eine Demonstration auf der Castorstrecke bei Tollendorf

11.11.2008, 1.15 Uhr
Der elfte Castortransport nach Gorleben erreicht das Zwischenlager.

Diese drei Ereignisse haben bei aller Unterschiedlichkeit eins gemeinsam: Sie gehören zur Demokratie, zumindest in der Form wie sie in Deutschland verstanden und praktiziert wird. Ganz zentral dabei ist die Mehrheitsentscheidung: Die Mehrheit in der Versammlung genügt, um Beschlüsse zu fassen. Diese muss die Minderheit akzeptieren.

Diese Betrachtung der »deutschen« Demokratie, Mehrheitsentscheidungen, Minderheiten usw. mag abgehoben und akademisch klingen, sie hat aber ganz konkrete Auswirkungen. Und die sind bei Castor-Transporten zum Greifen nah.

Hier hat nämlich eine demokratische Institution (die niedersächsische Landesregierung) beschlossen, dass deutscher Atommüll in das Zwischenlager nach Gorleben gebracht werden kann. Dabei hat

die herrschende Mehrheit in Kauf genommen, dass Menschen nicht damit zufrieden sind, wenn in ihrer NachbarInnenschaft Atommüll in einer Halle gelagert wird. Die Entscheidung war schließlich im Interesse der »Allgemeinheit«.

Nun kann mensch sich auf den Standpunkt stellen, dass Menschen sich darin einmischen können, was in ihrer unmittelbaren Umgebung passiert und sie betrifft - und das haben die Menschen rund um Gorleben getan und tun es noch. Eine deutschlandweite Minderheit widersetzt sich also den Transporten in das Zwischenlager im Wendland (und damit der Mehrheitsentscheidung) und versucht, die Züge und LKWs mit Demonstrationen und direkten Aktionen aufzuhalten.

Das kann die herrschende Mehrheit nicht einfach so geschehen lassen, denn es widerspricht ihrem demokratischen Prinzip und stellt damit das System in Frage. Hier kommt das Gewaltmonopol des Staates ins Spiel. Dieses Prinzip bezeichnet das alleinige Recht des Staates, physische Gewalt auszuüben. Was auf den ersten Blick positiv erscheint, zeigt im Zusammenhang des Widerstands gegen den Castortransport seine üble Kehrseite. Das Gewaltmonopol berechtigt den Staat nämlich auch, Gewalt zur Durchsetzung der (Mehrheits)Entscheidungen einzusetzen. Und das geschieht im Zweifelsfall dann auch: Der Schlagstockeinsatz reiht sich also mühelos in die Abfolge von politischer Entscheidung, Protest und Durchsetzung des Beschlusses ein.

Manchmal entsteht während der Castor-Proteste die Hoffnung, dass die tausenden kreativen und entschlossenen DemonstrantInnen den Castortransport wirklich aufhalten und zum Umkehren zwingen könnten. Das wird aber sicher nicht passieren. Denn,

einmal auf dem Weg, muss der Zug ans Ziel kommen, sonst hätte die Minderheit sich gegen die Mehrheit durchgesetzt, was die »deutsche« Demokratie grundlegend in Frage stellen würde.

Der Staat bzw. die Mehrheit setzt also alle Mittel in Bewegung, um den getroffenen Beschluss durchzusetzen. Und wer schon mal den Castorzug oder den Straßen-transport im Wendland gesehen hat, weiß, dass sich mit dem Zug auch die Staatsmacht förmlich manifestiert: Mit einer Armada von Fahrzeugen, die sich über die Straßen der Umgebung ergießt, Hundertschaften von PolizistInnen, die sich mit dem Zug entlang der Strecke bewegen, Dutzenden von Hub-schraubern, die über dem Transport kreisen und vielem mehr.

Wer sich mit der vermeintlichen Minderheit dem Zug entgegenstellt, merkt, dass Demokratie und Mehrheitsentscheidung nicht immer ein Zuckerschlecken sind. Und dass etwas Grundsätzliches nicht stimmen muss, wenn Polizeipferde, Hunde, Reizgas und Schlagstöcke teilweise auch gegen sitzende DemonstratInnen eingesetzt werden.

Alles das ist auch in meinem Kopf, wenn ich mit Kindern und Jugendlichen in BDP-Projekten darüber diskutiere, dass die Mehrheit nicht immer Recht hat und nicht automatisch bestimmt, was passiert. Nicht, dass ich glauben würde, bei BDP-Freizeiten würden auch Schlagstöcke eingesetzt. Sicher aber verhindern Prozesse, die wirklich alle in die Entscheidung einbinden, so absurde Entscheidungen wie Atommüll zu produzieren und ihn dann in einem vermeintlich abgelegenen Landstrich abzustellen.

Eike Rösch, BDP Bundesvorstand

DER BDP-NIEDERSACHSEN IN GORLEBEN

Schon am Freitagnachmittag machten wir uns aus dem Elbe-Weser-Dreieck auf den Weg zu einer BDPlerin nach Prabstorf ins Wendland, um uns auf die Anti-AKW-Demo in Gorleben vorzubereiten.

Wir wurden herzlich aufgenommen und nach Begrüßung, allgemeinem Austausch und dem ersten Tee begann unsere kreative Phase. Das Ziel: Freche tolle Transparent-aufschriften, die sonst keiner hat! Zwei Stunden später konnten sich die ersten flotten Sprüche hören lassen und wir machten uns, vorerst zufrieden, an das Abendessen. Nach der Stärkung wandten wir uns dem praktischen Teil zu: dem Transparente Malen und dem Lieder Umdichten. Nach mühseliger Feinarbeit, diversen Flaschen Abtönfarbe und Unmengen »Danke's« später, war unsere Arbeit für den heutigen Abend beendet. Das Sahnehäubchen bildete zweifelsohne unsere BDP-Sprühschablone, die extra für diesen Zweck angefertigt wurde.

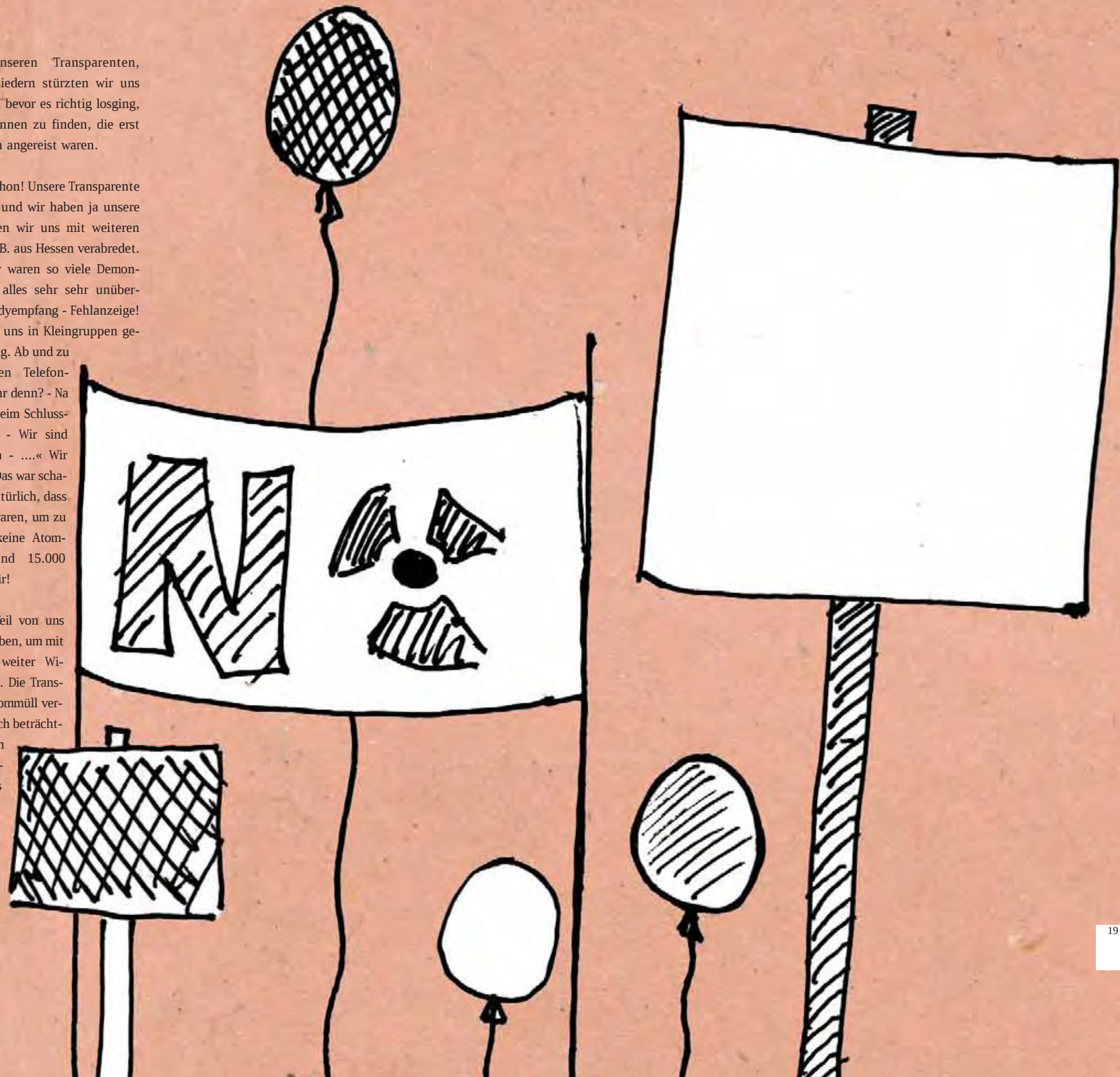
Am nächsten Morgen ging es dann weiter; es wurde getackert, gehämmert und geklebt, um die Transparente vernünftig zu befestigen und, noch viiiel wichtiger: Sie gut aussehen zu lassen! Wir bewunderten unsere Werke gebührend und rissen uns nur schwer davon los, um unsere Lieder noch einmal durchzusingen und zu testen wie textsicher wir waren.

Um punkt halb zwölf quetschten wir uns zu viert, samt Gepäck und Transparenten ins Hybrid-Auto, um in Richtung Gorleben zu fahren. Es war total voll und das Polizeiaufgebot war enorm. Wir gehörten zu den Glücklichen, die noch kurz hinter dem Ortschaftschild von Gorleben einen Parkplatz gefunden hatten, wie wir später herausfanden.

Bepackt mit unseren Transparenten, Sandwiches und Liedern stürzten wir uns ins Getümmel, um, bevor es richtig losging, unsere MitstreiterInnen zu finden, die erst am Samstagmorgen angereist waren.

»Wir treffen uns schon! Unsere Transparente seht ihr dann ja, und wir haben ja unsere Handys.« So hatten wir uns mit weiteren MitstreiterInnen z.B. aus Hessen verabredet. Pustekuchen! Wir waren so viele DemonstrantInnen, dass alles sehr sehr unübersichtlich war. Handyempfang - Fehlanzeige! So machten wir es uns in Kleingruppen gemütlich im Demozug. Ab und zu gab es schlechten Telefonkontakt »Wo seid ihr denn? - Na bei der Leinwand beim Schlusskundgebungsplatz. - Wir sind noch gar nicht da -« Wir fanden uns nicht. Das war schade. Aber toll war natürlich, dass so viele Leute da waren, um zu zeigen, dass wir keine Atomkraft wollen: rund 15.000 Menschen waren wir!

Abends fuhr ein Teil von uns zurück. Andere blieben, um mit Blockadeaktionen weiter Widerstand zu leisten. Die Transportzeit für den Atommüll verlängerte sich dadurch beträchtlich. Toll! Und ein wichtiges politisches Signal, dass wir es uns nicht gefallen lassen, dass der Ausstieg aus der Atomenergie in Frage gestellt wird.



ZZONGSTEDT IST EINE DEMOKRATIE!?!

Zzongstedt liegt im beschaulichen Landkreis Verden im Land Niedersachsen und wird jedes Jahr für eine Woche in den Herbstferien aktiv. Außerhalb dieser Zeit lebt Zzongstedt virtuell unter www.zzongstedt.de. Es ist eine sehr weltoffene Stadt, die jedem und jeder Fremden (mit Einschränkung auf das Alter 12-16 oder TeamerIn) die Teilnahme am Einbürgerungstest gewährt.

Weitere demokratische Kriterien sind die tägliche Wahl zum/r BürgermeisterIn. Hier gilt das passive Wahlrecht, bei dem alle interessierten BürgerInnen mit ihrem Aktionsprogramm kandidieren können. Werden sie gewählt, so tragen sie mit Stolz die Schärpe, haben die Kontrolle über das BürgerzentrumZzongstedt (kurz Büzz genannt) und sind das Sprachrohr der gemeinen BürgerInnen. Bei der Wahl hat jede/r BürgerIn mit gültigem Pass genau eine Stimme. Allerdings hadert die Demokratie Zzongstedt mit diesem Punkt immer wieder, denn häufig werden trotz strengster Wahldurchführung mehr Stimmen abgegeben, als wahlberechtigte BürgerInnen anwesend sind. Hier aktuelle Auszüge aus einem Interview der online Redaktion Blickwinkel mit dem Bürgermeister Aaron:

Zzeto: Auf dem Weg hierher: Wusstest du schon, dass du Bürgermeister werden willst?

*Bürgermeister: Ja. *nickt**

Zzeto: Macht dir das Amt Spaß?

BM: Ja, auf jeden Fall, aber die Schärpe ist scheiße.

Zzeto: Warum?

BM: Sie ist nicht im Trend.

(...)

Zzeto: Verhalten sich die Bürger jetzt anders zu dir?

*BM: *grinst* Alle sprechen mich mit »Bürgermeister« an.*

Zzeto: Was für Aufgaben hast du als Bürgermeister?

BM: Ich halte Tischreden und kontrolliere das Büzz.

Zzeto: Was hat sich durch dein Amt als Bürgermeister in deinem Leben verändert?

BM: Ich bekomme einen Zzong mehr und außerdem werde ich dadurch selbstbewusster.

...

[weblog 14.10.08, www.zzongstedt.de]

Das Grundprinzip der Zzongstedter Demokratie ist angelehnt an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland: Res publica res populi (lat. »alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, Art. 20 Abs. 2 GG).

Mittels des direkt-demokratischen Systems werden in Zzongstedt durch Volksabstimmungen Sachfragen entschieden.

Hervorzuheben ist daran, dass bei Entscheidungen nicht das Mehrheits- sondern das Konsensprinzip gilt. Konsensentscheidungen werden ohne Gegenstimme getroffen, d.h. alle BürgerInnen müssen sich trotz eventueller innerer Bedenken zumindest vorstellen, mit der Entscheidung leben zu können. Ist jemand komplett gegen die abzustimmende Entscheidung, so votiert er mit offener Ablehnung. Sodann wird das Problem neu verhandelt und eine andere Entscheidung zur Abstimmung gestellt. Ein aktuelles Beispiel aus dem Herbst 2008 war die Verhandlung der Nachtruhe. Hier standen die Interessen der älteren BürgerInnen gegen die der Jüngeren. Die Verschiebung der Nachtruhe in die Nacht hinein wurde nach reger Diskussion und unter gewissen Auflagen von allen ZzongstedterInnen angenommen, stand jedoch ab dann täglich auf der Tagesordnung des Plenums (lat. plenus, »vollzählig«).

Probleme hat die junge Demokratie Zzongstedt (sie existiert seit 2002) allerdings mit ihrem Wirtschaftssystem. Es hat sich in den vergangenen Jahren der Kapitalismus verfestigt. Die BürgerInnen erhalten für ihre Arbeit, der sie täglich in den Zzongstedt-eigenen-Betrieben (Zzebs, wie z.B. Theater, Film, Tonstudio, Zeitung und Naturkunst) nachgehen, vom BüZz Geld in Form der Zzong-Münzen. Mit den Zzongs wird Handel getrieben, z.B. häufig Putz-Dienste verkauft.

Bei vielen ZzongstedterInnen konnte ein Streben nach Reichtum beobachtet werden, wobei allzu leicht die Rechte anderer Menschen außer Acht gelassen wurden und sogar illegale Methoden wie Intrigen, Bestechung und Betrug Anwendung fanden. Ein dramatisches Beispiel aus 2007: dort konnten die mafiösen Köchinnen des Diebstahls der gesamten Restaurant-Einnahmen überführt werden, als sie gerade dabei waren, sich ins italienische Ausland abzusetzen.

Ein eindringlicher Text des Bürgers Sascha Böhm, beschäftigt im BüZz 2008, thematisiert diesen Kapitalismus: *»Die Zzongs sind unsere Währung in Zzongstedt. Damit bezahlen wir das Essen, Cocktails, Waffeln und die Abendvorstellungen. Dieses Jahr mussten sehr viele Zzongs nachproduziert werden, da viele der Meinung sind, all ihre Zzongs nach der Freizeit mit nach Hause zu nehmen! (...) Dann gibt es noch die halben Zzongs (Zzongies). Sinn: Mehr Individualität in die Stadt reinzukriegen. Achja, bevor ich es vergesse: seit 3 Jahren bin ich schon dabei und jedesmal wird die Staatskasse von irgendwelchen machtbesessenen Leuten gestohlen, meistens TeamerInnen oder unsere Köchinnen (letztes mal wurden sie sogar verklagt). Wie dem auch sei, die Zzongs sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt. Denn wie im echten Leben bringt es Diskussionen, Auseinandersetzungen und spielerische Möglichkeiten. Also: lang lebe Konzept Zzong.«*
Quelle: www.zzongstedt.de

Die Zukunft von Zzongstedt wird zeigen, ob sich die Stadt in eine Ausbeutungsspirale der Menschen durch Menschen hineinsteigern, oder ob Zzongstedt die humanistischen und demokratischen Werte Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit bewahren wird.

ZUKUNFTS(T)RÄUME

Ein Kinderbeteiligungsprojekt im ländlichen Raum

Als 1996 das Freiburger Institut für angewandte Sozialforschung (Fifas) die in zwei Gemeinden des Landkreises Bad Kreuznach erhobene Studie »Aktionsräume von Kindern auf dem Land« vorstellte, war die intensive fachpolitische Diskussion eine Initialzündung für Kinderbeteiligungs-Projekte im Landkreis. Verinselung und Verhäuslichung, einhergehend mit fehlenden Sozialkontakten und mangelnden sinnlichen Erfahrungen sind Phänomene, die sich nicht nur im städtischen, sondern auch im ländlichen Raum verstärkt finden lassen. Das Fehlen qualitativer Aktionsräume und angemessener (Frei-) Zeit für Kinder bedingen diese Entwicklung. Zudem werden, unterstützt durch die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben, Kinder heute in einer veränderten Sichtweise als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten und Bedürfnissen gesehen. Ihre Beteiligung rückt damit ins Zentrum kinder- und jugendpolitischer Entscheidungen und der Einmischungscharakter der Jugendhilfe in andere Politikfelder wird gestärkt.

Der Erhalt und die Wiedergewinnung von angemessenen Aktionsräumen für Kinder und die Beteiligung von Kindern an allen sie betreffenden Entscheidungen auf den kommunalen Ebenen stehen daher seit Beginn ganz oben auf der Agenda des Kinderbeteiligungsprojektes Zukunfts(t)räume. Über zehn Jahre Projekterfahrung in 60 Ortsgemeinden zeigen, dass Kinderbeteiligung im Spannungsfeld zwischen pädagogischen Konzepten, politischen Entscheidungen und planerischen Aufgaben unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Bedingungen wirksame Instrumente benötigt, um die Belange der Kinder in die gestalterischen Aufgaben der Kommune einzubringen. Der Bund Deutscher PfadfinderInnen (BDP) und die Kreisjugendpflege Bad Kreuznach als Projektträger arbeiten deshalb an Beteiligungsformen, die sich offen und flexibel den örtlichen Gegebenheiten annähern. Es steht seit geraumer Zeit ein Methoden-Modulsystem »Kinderbeteiligung im ländlichen Raum« zur Verfügung, das unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen ein übertragbares Konzept von projektorientierten Beteiligungsmethoden beschreibt. Ziel des Modulsystems ist es, einzelne Methoden der Kinderbeteiligung sowohl eigenständig als auch aufeinander bezogen und ergänzend zum Einsatz zu bringen und in Zusammenarbeit mit den Ortsgemeinden eine jeweils angepasste Form bzw. eine Auswahl von Methoden für eine kontinuierliche Kinderbeteiligung auswählen zu können.

Projekterfahrungen

Das BDP Spielmobil DiMiDo mit seinen spiel- und kulturpädagogischen Angeboten ist der Dreh- und Angelpunkt der Beteiligungsaktionen. Es bietet Kindern Möglichkeiten der (Selbst)-Entfaltung und eröffnet (Frei-)Räume zum Ausprobieren und Gestalten. In Beteiligungsprojekten ist es der Ort für aktive Partizipation. Kinder äußern Wünsche und Kritik, gestalten mit Unterstützung von Erwachsenen ihr Spiel- und Lebensumfeld und lernen den politischen Prozess kennen. In den vergangenen Projektjahren hat die Projektkonzeption grundlegende Änderungen erfahren. Schon zu Beginn fand mit den »Spürnasen unterwegs« die erste Stadtteilerforscher-Aktion statt, die jedoch aufgrund der fehlenden Umsetzungsphase keine nachhaltigen Wirkungen in der Kommunalpolitik und der Lebenswelt der Kinder entfalten konnte. Mit dem Projektstart der »Zukunfts(t)räume« wurden die Spürnasen durch die Realisierungs- und Bauphase »Jetzt geht's los!« ergänzt. Dabei wurde der Vorschlag, der den Kindern am wichtigsten und auch realisierbar war, umgesetzt. Während des Prozesses wurden Überlegungen und Absprachen zur Weiterarbeit und Kooperation vor Ort für die Zeit nach dem Projektzeitraum getroffen. Vielfach konnten sich die Ansätze des Projektes nur begrenzt im Gemeindeleben entfalten.



Projektablauf

Seither sieht die Konzeption die stärkere Berücksichtigung der Erwachsenenbeteiligung vor. Kinderbeteiligung erreicht viel, jedoch ohne Erwachsene nichts. Nur die Motivation und Qualifikation von örtlich gebundenen Erwachsenen kann der Kontinuität von Beteiligungsmaßnahmen dienen. Erreicht wird dies durch eine zirkuläre Beteiligungsspirale, die ihren Ansatz in der lebensweltorientierten Spielmobilarbeit findet und sich in einem Beteiligungsgremium der Erwachsenen (Stellvertreterverfahren) fortsetzt. In jeder Phase wird die direkte Partizipation in den freien Artikulationsräumen der offenen Spielmobilaktionen (initiiierendes Verfahren) verwirklicht und der Stellvertretergruppe vermittelt. Deren moderierte Ergebnisse werden an die Kinder zur weiteren Bearbeitung am Spielmobil zurückgekoppelt. Die Stellvertreter sollen durch ihre vermittelnde Stellung zwischen Kinderwelt und Kommunalpolitik eine Scharnierfunktion im Beteiligungsprozess übernehmen und die Beteiligungsprozesse anwaltschaftlich begleiten.

Das Projekt Zukunfts(t)räume findet als projektorientierte Beteiligungsform in einem sich inhaltlich fortentwickelnden Prozess statt, der sieben Aktionstage über drei Phasen verteilt. Die Auswahl der jeweiligen Methoden wird flexibel nach den jeweilig erzielten Ergebnissen der vorangegangenen Phase in Absprache mit den Akteuren der Gemeinden getroffen. Grundsätzlich beginnt das Projekt in jeder Gemeinde mit einer Dorfanalyse und Bestandserhebung. Kann sich die Gemeinde bereits zu konkreten Umsetzungsschritten entschließen, findet danach eine Planungswerkstatt statt, welche in der dritten Phase in eine Umsetzungsaktion und Mitmachbaustelle der geplanten Objekte mündet. Dieser klassische Dreischritt der Beteiligung wird oft aufgrund auftretender Hindernisse oder Entscheidungen in den Ortsgemeinden gebrochen. In den Gemeinden werden dann Methodenbausteine der Öffentlichkeitsarbeit oder der Medienpädagogik situativ angepasst eingesetzt. Die Öffentlichkeitsarbeit von Kindern in der Ortsgemeinde setzt Denkpfosten, macht Interviewtouren und gestaltet öffentliche Präsentationen. Die Medienpädagogik erstellt Videoclips und Fotostreifzüge, recherchiert und schreibt für die Zeitungsredaktion. Ziel bleibt der symbolische und beispielhafte Beteiligungsprozess mit allen Akteuren in den teilnehmenden Ortsgemeinden von der Frage bis zur Umsetzung. Alle entwickelten Methodenbausteine können variabel kombiniert und eingesetzt werden. Sie stellen Grundmodelle dar, die nach Anlass und Einsatzort angepasst werden.

Handlungsebenen

Auf der pädagogischen Handlungsebene werden Kinder in der Aneignung verschiedenen Rollen gefördert und können verschiedene Kompetenzen und Fähigkeiten erlernen. Sie werden dabei immer als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Bedürfnissen und Sichtweisen wahrgenommen und in ihrer Selbstständigkeit gefördert. Sie entdecken und erforschen ihre Lebensumwelt, bringen ihre Themen ein und äußern Veränderungswünsche, erlernen Handlungskompetenzen in Teamarbeit, Planung und Medienkompetenz. Sie erlernen Fähigkeiten in handwerklichen Arbeiten und dem Umgang mit kulturellen Techniken, gestalten den Projektablauf indirekt mit und wählen Ergebnisse aus. Kinder gestalten ihre Spiel- und Lebensräume durch den Bau von Spielgeräten, die Umgestaltung von Spielplätzen und öffentlichen Flächen. Kinder erhalten Rückmeldungen und Hilfe nach ihren Anforderungen von Eltern, Bürgern, Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik. Die politische Ebene wird erreicht, wo Kinder ihre Meinungen und Vorschläge öffentlich machen und die zuständigen politischen Gremien durch öffentlichen Druck oder Selbstverpflichtung sich der Themen der Kinder annehmen, beraten und entscheiden. Je enger dieser Prozess zwischen pädagogischen und politischen Ebenen personell und fachlich verwoben ist, desto günstiger wird das Klima für eine kinderfreundliche Gemeinde sein.

Roland Grammes, BDP Rheinland-Pfalz

KINDERRECHTE INS GRUNDGESETZ!- JETZT!

Hintergrund

Die Konvention über die Rechte des Kindes (UN-KRK) (Convention on the Rights of the child, CRC) wurde am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung beschlossen. Sie ist das erste Abkommen, das die internationale Anerkennung der Menschenrechte von Kindern festschreibt und in ihren 54 Artikeln völkerrechtlich verbindliche Mindeststandards zum Wohle von Kindern und Jugendlichen im Alter von 0-18 Jahren festlegt. Die Kinderrechtskonvention hat die größte Akzeptanz aller UN-Konventionen. Mit Ausnahme von zwei Staaten (USA und Somalia) haben weltweit alle Länder der Erde die Kinderrechtskonvention ratifiziert. Allerdings bedeutet die Tatsache der Ratifizierung noch lange nicht, dass es in den unterzeichnenden Staaten nicht noch immer massive Verletzungen der Kinderrechte gäbe.

Die vier elementaren Grundsätze, auf denen die Konvention beruht, beinhalten das Überleben und die Entwicklung, die Nichtdiskriminierung, die Wahrung der Interessen junger Menschen sowie deren Beteiligung. Die UNICEF, die Kinderrechtsorganisation der UNO, fasst den 20 Seiten langen Text in zehn Grundrechten zusammen:

- 1.Das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von Religion, Herkunft und Geschlecht
- 2. Das Recht auf einen Namen und eine Staatszugehörigkeit
- 3. Das Recht auf Gesundheit
- 4. Das Recht auf Bildung und Ausbildung
- 5. Das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung
- 6. Das Recht sich zu informieren, sich mitzu-

- teilen, gehört zu werden und sich zu versammeln
- 7. Das Recht auf eine Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens
- 8. Das Recht auf sofortige Hilfe in Katastrophen und Notlagen und auf Schutz vor Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung
- 9. Das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause
- 10. Das Recht auf Betreuung bei Behinderung

In der Praxis bedeutet das, dass Kinder ein Recht auf eine sichere Umgebung ohne Diskriminierung haben. Sie haben das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung, medizinischer Versorgung, Ausbildung und auf Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr Wohlergehen betreffen. Des weiteren wird in einem Zusatzprotokoll die Rekrutierung Minderjähriger (Kindersoldaten) geächtet.

Die Einhaltung der Bestimmungen der Konvention überwacht das zuständige UN-Veretungsorgan, der Ausschuss für die Rechte des Kindes, der in regelmäßigen Abständen von fünf Jahren die Berichte der Unterzeichnerstaaten entgegen nimmt und auswertet. Der nächste Bericht muss von den Staaten im kommenden Jahr abgegeben werden. In diesen müssen die Staaten berichten, was sie unternommen haben, um die Verwirklichung der Kinderrechte in ihrem Land voranzubringen.

Neben der Kooperation mit staatlichen Organen arbeitet der UN-Ausschuss in vielen Ländern auch mit Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) wie UNICEF aber auch den National Coalitions (NC) zusammen.

Die National Coalitions erstellen parallel und unabhängig zu den Berichten ihrer Staaten ebenfalls eine eigene Beschreibung (»Ergänzender Bericht«) über die Entwicklung zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in ihren Ländern.

In der National Coalition haben sich in der Bundesrepublik derzeit rund 100 bundesweit tätige Organisationen und Initiativen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in einem Netzwerk mit dem Ziel zusammengeschlossen die UN-Kinderrechtskonvention in der BRD bekannt zu machen, ihre Umsetzung voranzubringen sowie die Entwicklung von Seiten der Bundesregierung kritisch zu begleiten. Auch der BDP ist Mitglied in der National Coalition.

Situation in der Bundesrepublik

Die Bundesregierung hat die UN-Kinderrechtskonvention bis heute nur unter ausländerrechtlichen Vorbehalten unterschrieben, nach denen das deutsche Ausländerrecht Vorrang vor den Verpflichtungen der Konvention hat. Neben Österreich verhängt die BRD als einziges weiteres Land in Europa Abschiebehaft gegen Kinder und Jugendliche. Allein in Hamburg befanden sich 2003 etwa 125 Minderjährige länger als drei Monate in Abschiebehaft.

Eine gesetzliche Verankerung der Kinderrechte in der bundesdeutschen Verfassung, dem Grundgesetz, lässt bislang ebenfalls auf sich warten. Ein erster Versuch diese grundgesetzlich zu verankern scheiterte 1993. Der damals von der SPD eingebrachte Antrag fand nicht die für eine Grundgesetzänderung

notwendige zwei Drittel- Mehrheit im Bundestag. Durch die Veränderung von Mehrheits- und Koalitionsverhältnissen im deutschen Bundestag genießt die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz derzeit eine größere Lobby. Mit dem »Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010« wurde von der Bundesregierung ein Programm aufgelegt, um einer Forderung der UNO nach einem »Auswertungs- und Überprüfungssystem« für alle Bereiche, die von der UN-Konvention über die Rechte des Kindes erfasst sind, nachzukommen. Sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen befürworten die Aufnahme ins Grundgesetz. Allerdings werden der Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung - trotz der Befürwortung der Bundeskanzlerin - noch immer Steine aus ihrer eigenen Partei in den Weg gelegt. Und so musste die Fraktion der BefürworterInnen just einen Rückschlag hinnehmen, als der Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Bundesrat von den CDU-geführten Landesregierungen im September 2008 abgelehnt wurde.

Unabhängig von der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz bestehen in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens von Kindern- und Jugendlichen eklatante Defizite.

Was noch zu tun ist

Noch immer besitzt die UN-KRK keine uneingeschränkte Gültigkeit. Durch die ausländerrechtlichen Vorbehalte (sog. Interpretationserklärung) haben Flüchtlingskinder nicht die gleichen Rechte wie andere Kinder.

So werden unbegleitete Flüchtlingskinder bereits mit 16 Jahren wie Erwachsene behandelt und haben nur eingeschränkten Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten. Weiterhin stehen Bund und Länder in der Pflicht Kinderrechte gesetzlich festzulegen, da die Bundesregierung einer Aufnahme der Kinderrechte in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (EU) bereits im Jahr 2000 zugestimmt hat. Eine verfassungsrechtliche Verankerung würde auch zu einem bewussteren Umgang des Staates sowie der Eltern mit den Rechten ihrer Kinder fördern.

Leider führt die gesellschaftliche Realität in Zeiten von Hartz-Gesetzen und Studiengebühren klar vor Augen, dass ein chancengerechtes Aufwachsen und Leben in der Bundesrepublik insbesondere in Bezug auf Bildung und Gesundheit immer noch abhängig sind von sozialen, kulturellen, ethnischen und nicht zuletzt ökonomischen Bedingungen.

Jan Tillmanns, BDP Bundeszentrale

Weitere Infos:

- www.national-coalition.de
- www.unicef.de
- www.kinderrechte-ins-grundgesetz.de

Wir machen Deutschland kindergerecht!-Ideen zur Kinderbeteiligung- Deutscher Bundesjugendring

Die Rechte von Kinder von logo! Einfach erklärt- Bestellung über www.bmfsfj.de

Menschenkinder unsere Rechte - Die Rechte der Kinder in verständlicher Sprache - SJD-Die Falken www.wir-falken.de

WAS WOLLEN NICHTWÄHLERINNEN EIGENTLICH LICH?

Ich habe im Februar 2008 in Hamburg gewählt. Widerwillig, weil ich schwer enttäuscht von meiner Stammpartei war: den Grünen! Der Kampf des BDP Hamburg um das Elbehäuschen hat mir gezeigt, wie wahlkampf-bezogen Parteien agieren, wie Lobbyisten die Schwerpunkte bestimmen und wie unzuverlässig mit Zusagen umgegangen wird. Am Ende hatten wir die meiste Unterstützung von der Opposition, der SPD, was vielleicht eher was damit zu tun hatte, dass die SPD uns als Aufhänger für eine Gegenaktion im Wahlkampf benutzen konnte. Heute, fast ein Jahr später, ist der BDP Hamburg mitten in Altona ansässig und hauptsächlich als Träger für ein mit Honorarkräften ausgestattetes Spielhaus tätig. Und unsere vorherige BDP-Unterkunft, das Elbehäuschen verfällt dank Bewucherung und Vandalismus, während das Verkaufsangebot mangels Nachfrage zum dritten Mal im Internet aktualisiert wurde.

Ich stand also am 24. Februar hinter der Sichtsperre, meine Wahlzettel vor mir liegend und war kurz davor einen dicken schwarzen Strich über das ganze Papier zu ziehen. Hätte ich das gemacht, würde ich laut Politikwissenschaftlern zu der Gruppe der »Aktiven Nichtwähler« gehören.

Neben diesem Nichtwähler-Typ gibt es noch drei weitere: der »Dauer-Nichtwähler« geht grundsätzlich nicht wählen, was aus religiösen oder auch ideologischen Gründen sein kann. Sie machen etwa vier bis fünf Prozent der Nichtwähler aus. Ein weiterer Typus ist der »Konjunkturelle Nichtwähler«, die größte Gruppe der Nichtwähler. Sie sind nicht grundsätzlich unzufrieden mit dem System Demokratie, sondern wählen je nachdem welche Bedeutung die Wahl gerade für sie hat, was unter anderem daran liegt, dass sie keine

die »Bekennenden Nichtwähler« die ähnlich wie die aktiven Nichtwähler von politischen Protest artikulen wollen, dies aber von zu Hause aus per Enthaltung tun.

Seit ein paar Jahren verbringe ich immer mehr Zeit hinter den Wahl-Stellwänden, weil die Versuchung des dicken schwarzen Strichs immer stärker wird. Doch jedes Mal kam ich zu der Überzeugung, dass der Strich alleine nichts bringt. Was will ich überhaupt erreichen? Will ich nur meine Wut kundtun? Will ich was verändern? Und was wollen die anderen NichtwählerInnen eigentlich?

Immerhin fällt es mittlerweile offiziell auf, dass die Wahlbeteiligung - besonders bei Kommunal-, Regional-, Landtags- und Europawahlen - in den letzten 10 Jahren stark gesunken ist und sich gleichzeitig die Zahl der Nichtwählenden ungefähr verdoppelt hat. Die wissenschaftlichen Begründungen reichen von der »Normalisierungsthese« der davon ausgegangen wird, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung ein normaler Prozess der Demokratie-Akzeptanz ist, bis hin zur »Protestthese« der von der Parteiverdrossenheit und -missstimmung ausgeht.

In Deutschland war seit 1998 die »Partei der Nichtwähler« aktiv, die sogar mit einem eigenen Wahlprogramm für sich wirbt. Die beinhalten unter anderem die Forderung nach mehr direktdemokratischen Instrumenten, andererseits aber auch die Erweiterung der repräsentativen Demokratie.

In einigen wenigen Regionen Italiens dagegen ist eine Liste namens »Io non voto« - Ich wähle nicht« - ins Rennen gegangen. Neben dem Programm um Nicht-

enge Parteibindung haben. Als Letztes gibt es die »Bekennenden Nichtwähler«, die ähnlich wie die aktiven Nichtwähler einen politischen Protest artikulieren wollen, dies aber von zu Hause aus per Enthaltung tun.

Seit ein paar Jahren verbringe ich immer mehr Zeit hinter den Wahl-Stellwänden, weil die Versuchung des dicken schwarzen Strichs immer stärker wird. Doch jedes Mal kam ich zu der Überzeugung, dass der Strich alleine nichts bringt. Was will ich überhaupt erreichen? Will ich nur meine Wut kundtun? Will ich was verändern? Und was wollen die anderen NichtwählerInnen eigentlich?

Immerhin fällt es mittlerweile offiziell auf, dass die Wahlbeteiligung - besonders bei Kommunal-, Regional-, Landtags-, und Europawahlen - in den letzten 10 Jahren stark gesunken ist und sich gleichzeitig die Zahl der Nichtwählenden ungefähr verdoppelt hat. Die wissenschaftlichen Begründungen dafür reichen von der »Normalisierungsthese«, in der davon ausgegangen wird, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung ein normaler Prozess der Demokratie-Akzeptanz ist, bis hin zur »Protestthese«, die von der Parteiverdrossenheit und -missstimmung ausgeht.

In Deutschland war seit 1998 die »Partei der Nichtwähler« aktiv, die sogar mit einem eigenen Wahlprogramm für sich wirbt. Dies beinhaltet unter anderem die Forderungen nach mehr direktdemokratischen Instrumenten, andererseits aber auch die Erweiterung der repräsentativen Demokratie.

In einigen wenigen Regionen Italiens dagegen ist eine Liste namens »Io non voto« - »Ich wähle nicht« - ins Rennen ge-

gangen, ganz ohne Programm, um Nichtwählern die Chance zu geben, erstmals einen prozentualen Anteil am Wahlergebnis zu ermöglichen. Doch auch diese Liste trägt nur unwesentlich zur dortigen traditionellen Parteilandschaft bei. Die bisher eher mäßigen Wahlerfolge dieser Parteien lassen sich vielleicht darauf zurückführen, dass der Wahlboykott nicht am Fehlen von derartigen Parteiprogrammen liegt, sondern dass vielleicht nicht alle NichtwählerInnen unter einen Hut zu kriegen sind.

Einige NichtwählerInnen verschaffen sich aber auch außerhalb von politischen Strukturen Gehör. So wurde zum Beispiel die satirische Kampagne »Wahlabsage, mehr Demokratie, weniger Politik« vom Berliner Projekt moderne21 ins Leben gerufen. Die Kampagne will auf provokative Art das schlechte Image der Nichtwähler verbessern, denn diese Vorurteile treibe die Nichtwähler nur in das Protest-Wählen! Oder Ideen wie, dass die Sitzverteilung in den Parlamenten von der prozentualen Anzahl der Wahlbeteiligten abhängig gemacht werden solle anstatt von der Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen, werden in Internetforen heiß diskutiert. Damit wäre übrigens nach einer Wahlbeteiligung unter 60 % eine parlamentarische 2/3 Mehrheit nicht mehr herbeiführbar.

Was auch immer nun diese NichtwählerInnen wollen, sie haben die Wahl. Und solange das so ist, erlaube ich mir den Luxus, zehn Minuten über meinen Wahlzetteln zu stehen und erst dann endgültig zu entscheiden, ob ich Kreuzchen, schwarze Striche oder Blümchen darauf male.

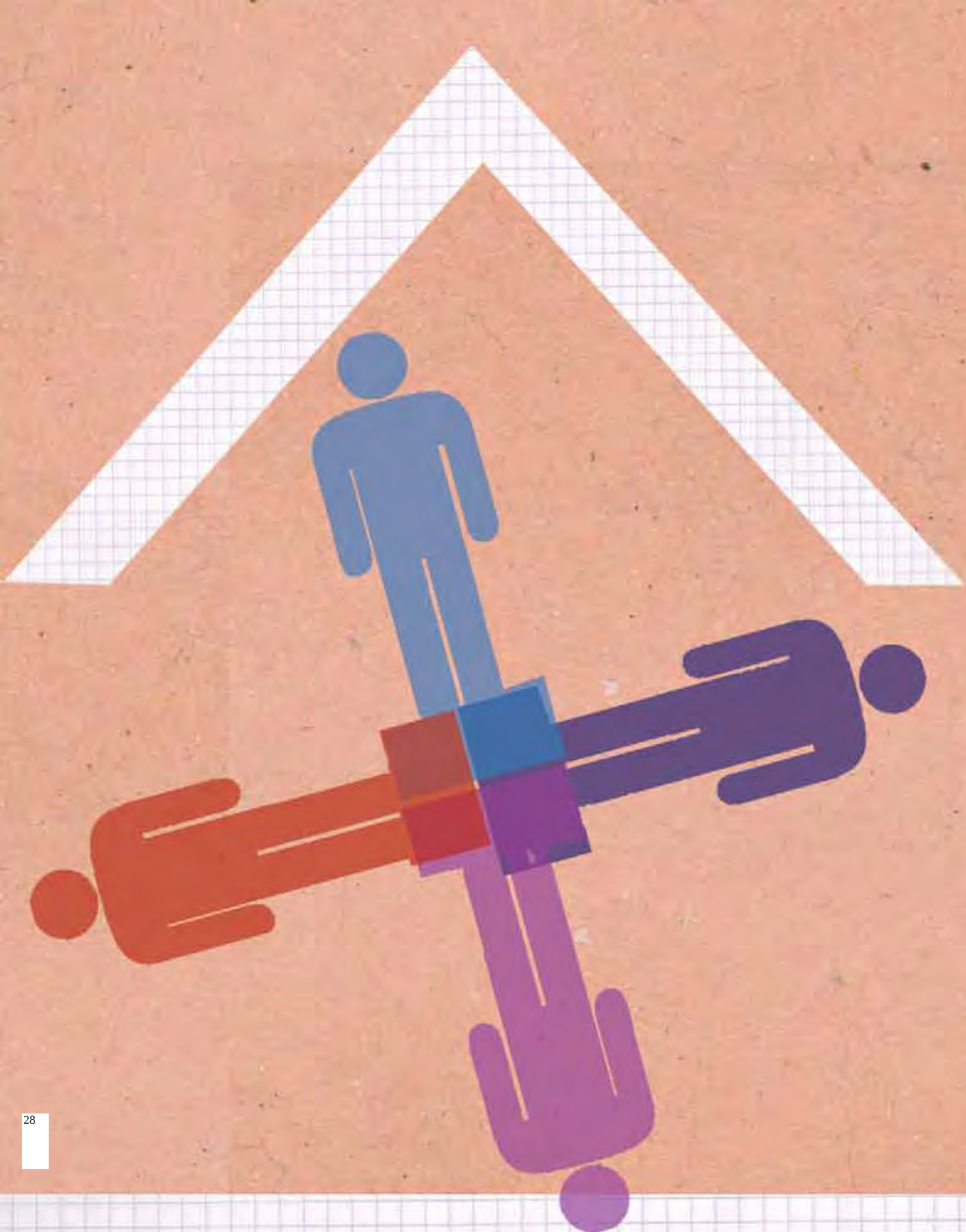
Esther Philipps, BDP Hamburg

Wahlkampf. Die Chance zu geben, erstmals einen prozentualen Anteil am Wahlergebnis zu ermöglichen. Doch auch diese Liste trägt nur unwesentlich zur dortigen traditionellen Parteilandschaft bei. Die bisher eher mäßigen Wahlerfolge dieser Parteien lassen sich vielleicht darauf zurückführen, dass der Wahlboykott nicht am Fehlen von derartigen Parteiprogrammen liegt, sondern dass vielleicht nicht alle NichtwählerInnen unter einen Hut zu kriegen sind.

Einige NichtwählerInnen verschaffen sich aber auch außerhalb von politischen Strukturen Gehör. So wurde zum Beispiel die satirische Kampagne »Wahlabsage, mehr Demokratie, weniger Politik« vom Berliner Projekt moderne21 ins Leben gerufen. Die Kampagne will auf provokative Art das schlechte Image der Nichtwähler verbessern, denn diese Vorurteile treibe die Nichtwähler nur in das Protest-Wählen! Oder Ideen wie, dass die Sitzverteilung in den Parlamenten von der prozentualen Anzahl der Wahlbeteiligten abhängig gemacht werden solle anstatt von der Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen, werden in Internetforen heiß diskutiert. Damit wäre übrigens nach einer Wahlbeteiligung unter 60 % eine parlamentarische 2/3 Mehrheit nicht mehr herbeiführbar.

Was auch immer nun diese NichtwählerInnen wollen, sie haben die Wahl. Und solange das so ist, erlaube ich mir den Luxus, zehn Minuten über meinen Wahlzetteln zu stehen und erst dann endgültig zu entscheiden, ob ich Kreuzchen, schwarze Striche oder Blümchen darauf male.

Esther Philipps, BDP Hamburg



WG UND DEMOKRATIE

Die Demokratie wurde im antiken Griechenland als Hilfsmittel entwickelt um politische Entscheidungen herbeizuführen. Dabei war das Ziel, die Menschen, die von den Entscheidungen direkt betroffen waren, in den Prozess der Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Demokratie heißt deshalb auch Herrschaft (kratía) des Volkes (démós).

Die Frage, die ich mir hinsichtlich meiner eigenen WG des Öfteren stelle, ist nicht unbedingt, ob wir eine Art Demokratie leben oder nicht, sondern ich betrachte häufig die Momente, in denen wir uns auf etwas einigen oder nicht einigen können und frage mich dabei, wieso hier, in der Entscheidungsfindung bzw. in den damit einhergehenden Prozessen, so oft die Problematik des Zusammenlebens steckt. Kann die Demokratie da vielleicht Lösungen anbieten?

Wir sind mehrere Menschen, die zusammen in einer Wohnung leben. Ein freiwilliger Zusammenschluss einer überschaubaren Anzahl gleichberechtigter Menschen also. Wir sind alle ungefähr gleichen Alters und studieren alle Ökologische Agrarwissenschaften in einer nordhessischen Kleinstadt. Diese Tatsache macht uns zu einem sehr homogenen Erdbeerjoghurt verglichen mit den Obstsalaten, wie ich sie in befreundeten WGs in großen Universitätsstädten getroffen habe. Aber machen es uns unsere Ähnlichkeiten leichter, innerhalb der Gruppe zu entscheiden?

Es finden sich bei uns, wie in anderen WGs auch, viele natürliche Ungleichheiten, die im Miteinander - vor allem beim Teilen des gleichen Wohnraumes - mehr oder minder stark ins Gewicht fallen. Präferenzen und Eigenheiten fallen oft sehr individuell aus.

Ole stapelt meine Lieblingsschüsseln bis in schwindelerregende Höhen und rührt auch dann Schwamm und Bürste nicht an, wenn der Abwasch langsam vom Fensterbrett in die Spüle hineinwächst. Ich lasse gern entgegen aller Stromsparempfehlungen das Licht im Flur an, weil ich es nicht mag einen dunklen Raum zu betreten. Hannah lässt ihren Schlüssel immer stecken, damit sie und die anderen Leute im Haus ohne anzuklopfen und ohne dass man drinnen zur Tür stürzen muss in die Wohnung gelangen können. Manu schlendert stundenlang durchs Gebrauchtwarencentrum und versorgt uns mit abgefahrenen, unkonventionellen Küchenutensilien ohne jedoch den Stauraum in den Küchenregalen auszubauen. Alles Punkte, die - so harmlos sie auch scheinen - schon zu bemerkenswerten Reibereien geführt haben.

Bei vier Menschen - oder zumindest bei uns - wird nicht darüber abgestimmt, ob es einen Putzplan geben soll, ob konsequent das Licht abgeschaltet wird, der Schlüssel abgezogen und jedes neue Einrichtungsstück gemeinschaftlich beschlossen wird. Keine Mehrheit entscheidet, keine Minderheit muss sich fügen. Keine Demokratie also. Stattdessen Verantwortlichkeit auf der einen und Toleranz auf der anderen Seite. Der Einzelne entscheidet, alle gehen damit um. Und wenn es kracht?

Die Fähigkeit des Einzelnen zu kommunizieren spielt beim Versuch WG-Konflikte zu lösen eine nicht unerhebliche Rolle. Unterschiedliche Präferenzen fordern eine gesunde Gesprächskultur.

Also was nun: WG und Demokratie? Wir sind alle gleichberechtigt und gestalten gemeinsam unsere (Wohn)Gemeinschaft. Wo wir Ungleichheiten aufweisen, versuchen wir diese mithilfe von Kommunikationsmitteln

und -formen auszugleichen. Aufgrund der kleinen Größe unserer Gemeinschaft sind wir automatisch Teil der anfallenden Entscheidungsprozesse: Wir treffen Entscheidungen!

Die Konsequenzen dieser Entscheidungen betreffen uns und die anderen direkt. Jeder kann Entscheidungen treffen solange es allen anderen gut damit geht. Gibt es Krach, müssen sich die Parteien einigen. Kommunikation ist ein gutes Mittel zu Einigung.

Die Demokratie ist erfunden worden um vielen Menschen bzw. einem Volk das Gefühl zu vermitteln, sie seien an Entscheidungsprozessen beteiligt - vielleicht das Gefühl von Macht oder Herrschaft. In einer Demokratie wird abgestimmt. In einer Demokratie herrscht die Mehrheit. In einer Demokratie wird sich nicht geeinigt. Demokratie ist deshalb nichts für unsere WG.

Maggie Selle, BDP Bundesvorstand

WIE MISST MAN DEN WERT DER DEMOKRATIE?

Eine Theorie von Ronald Dworkin zur konstitutionellen Demokratie

Die Frage nach dem Wert der Demokratie ist eine alte. Sowohl in der politischen Philosophie der Antike wie auch in der gegenwärtigen wurden und werden die zentralen Fragen einer normativen Demokratietheorie gestellt, wie zum Beispiel: »Was ist wertvoll an der Demokratie?«. Aber wie misst man den Wert einer Demokratie? Prinzipiell lassen sich zwei Arten von Bewertungen unterscheiden. Die eine untersucht die Qualität der Ergebnisse, die eine Prozedur der Entscheidungsfindung hervorbringt, diese Art der Bewertung heißt instrumentell; die andere bewertet das Verfahren an sich, inwiefern es eine faire Partizipation gewährleistet, diese nennt man intrinsisch. Die instrumentelle oder ergebnisorientierte Sichtweise würde eine wie auch immer geartete Prozedur der Entscheidungsfindung als die richtige ansehen und als gut bewerten, wenn diese für jedes Mitglied einer Gemeinschaft gerechte und faire Ergebnisse hervorbringt. Die intrinsische oder partizipationsorientierte Sichtweise bewertet indes nach Kriterien, die auf die Art und Weise wie eine Entscheidung zustande kommt gerichtet sind, das heißt: gibt es eine gerechte und faire Beteiligung der Mitglieder einer Gemeinschaft am Entscheidungsprozess, dann ist dieser (ungeachtet der Ergebnisse und allein auf Grund der Art deren Zustandekommens) richtig und gut. Bei der Bewertung von Demokratie werden in der Fachliteratur oftmals beide Sichtweisen für die Argumentation herangezogen.

Eine weitere wichtige Frage einer normativen Theorie der Demokratie ist die nach den Grenzen der Demokratie. Inwiefern dürfen oder müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um eventuell auftretende ungerechte Ergebnisse eines demokratischen Entscheidungsprozesses auf nicht-demokratische

Weise zu revidieren? Ist zum Beispiel eine Verfassung mit dem Grundsatz der Demokratie vereinbar? Verfassungsgerichte können Mehrheitsentscheidungen, die nicht mit der Verfassung vereinbar sind, aufheben. Ist eine Verfassung also undemokratisch? Auf diese und weitere Fragen gibt Ronald Dworkin¹ in seinem Aufsatz »The majoritarian premise and constitutionalism«² Antworten.

Dworkin ist Verfechter einer konstitutionellen Demokratie, das heißt einer Demokratie mit Verfassung. Für ihn stellt die Einschränkung oder Begrenzung der Mehrheitsentscheidungen durch in der Verfassung festgelegte Grundsätze eine Stärkung der Demokratie dar. Eine konstitutionelle Demokratie gründet sich nach Dworkin auf die gleichen politischen Strukturen wie die Mehrheitsprämisse, also dem Prinzip der Entscheidungsfindung auf Basis einer Mehrheit, wobei aber das konstituierende Ziel ein anderes ist. Eine konstitutionelle Demokratie ist seiner Meinung nach die Weiterentwicklung der reinen Mehrheitsdemokratie, welche die Freiheitsrechte des Individuums gewährleistet. Wie kommt Dworkin zu dieser Annahme? Wie begründet er sie? Und welche Einwände kann man seiner Theorie entgegen?

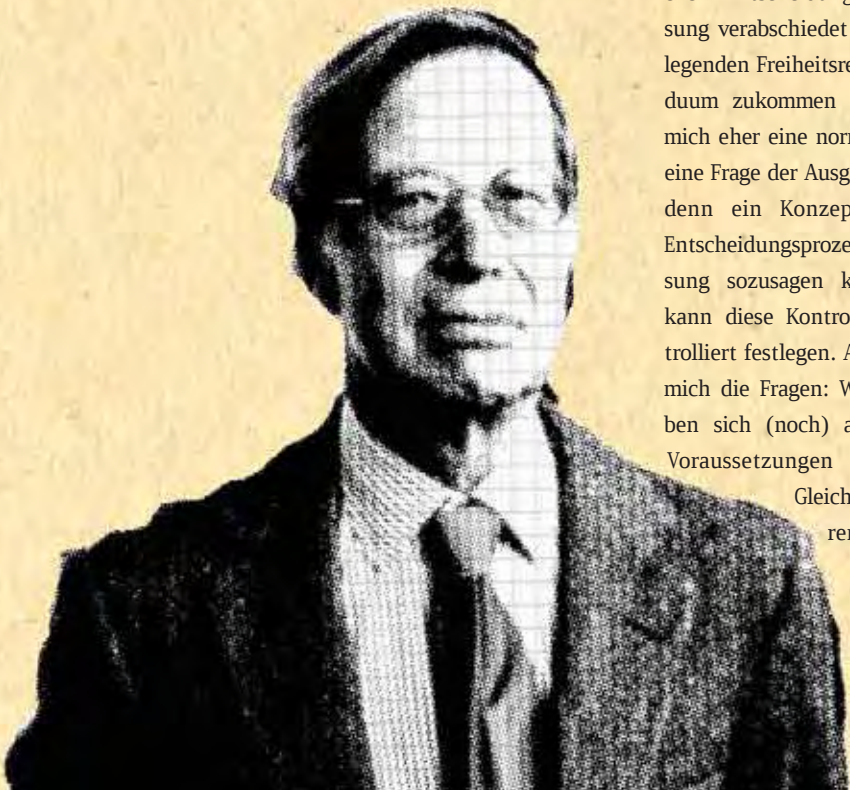
Die Mehrheitsprämisse begründet ein Prinzip, das wir nachvollziehbarerweise als »Mehrheitsprinzip« bezeichnen wollen, folglich heißt eine Demokratie nach diesem Prinzip »Mehrheitsdemokratie«. Nach diesem Prinzip ist der Inhaber legitimer Herrschaft in einer Gemeinschaft die Mehrheit (auch die einer Gruppe von gewählten Repräsentanten), oder einfacher ausgedrückt: was die Mehrheit wählt, soll geschehen. Das Mehrheitsprinzip fordert, dass politische Verfahren derart gestaltet werden, dass es zu fairen

Ergebnissen kommt, welche die Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinschaft bevorzugen bzw. als richtig ansehen würden, hätten sie nur genügend Informationen und ausreichend Zeit, diese abzuwägen. Nach Dworkins Auffassung der Mehrheitsprämisse lehnt diese nicht ab, dass Individuen moralische Rechte haben, welche die Mehrheit respektieren und schützen muss. Es darf also durchaus eine Mehrheitsentscheidung zum Schutz der Individualrechte zum Beispiel von Gerichten aufgehoben werden. Dieses Eingreifen in die Entscheidungen der Mehrheit stellt nach diesem Prinzip jedoch immer etwas »moralisch Bedauerliches« dar, es muss »ein moralischer Preis« gezahlt werden, da die Mehrheitsdemokratie beschnitten wird. Auch wenn wir gute und gerechtfertigte Gründe haben, zum Schutz der Rechte der Individuen eine Mehrheitsentscheidung - wenn auch nur in Teilen - einzuschränken, dann bleibt nach der Mehrheitsprämisse ein solches Eingreifen stets unfair.

Der grundlegende Unterschied zur von Dworkin favorisierten Form der konstitutionellen Demokratie besteht darin, dass das konstituierende Ziel nicht das des Mehrheitsprinzips ist, sondern »dass kollektive Entscheidungen von politischen Institutionen getroffen werden, deren Struktur, Zusammensetzung und Praxis alle Mitglieder der Gemeinschaft als Individuen mit gleichem Bedacht und Respekt behandeln«³. Die konstitutionelle Demokratie sieht eine Herrschaftsform vor, die auf bestimmten »demokratischen Voraussetzungen« fußt, die den gleichen Status aller Mitglieder einer Gemeinschaft beinhalten. Wenn eine Demokratie gemäß diesen Voraussetzungen eine Mehrheitsentscheidung herbeiführt, sollte sie deshalb für jeden gleichermaßen akzep-

tiertbar sein. Wenn allerdings die Mehrheit Entscheidungen trifft, die diese Voraussetzungen nicht berücksichtigt, dann gibt es nach dieser Konzeption der konstitutionellen Demokratie keine Einwände gegen andere Prozeduren der Entscheidungsfindung, die diese Voraussetzungen (besser) schützen und respektieren.

Im Unterschied zur Mehrheitsdemokratie ist in einer konstitutionellen Demokratie bei einer solchen Revidierung von Entscheidungen und dem Beschneiden der Entscheidungsbefugnis der Mehrheit nichts moralisch Verwerfliches oder gar Bedauerliches enthalten. Im Gegenteil wird die Demokratie in der konstitutionellen Sichtweise gerade durch solche Einschränkungen von Mehrheitsentscheidungen gestärkt. Eine liberale Auffassung von Demokratie würde ein Konzept mit solchen konstitutionellen Einschränkungen als weniger demokratisch bezeichnen. Der Konstitutionalismus sieht dahingegen ein Demokratiekonzept mit einer Verfassung als demokratischer an.



Als Beispiel bringt Dworkin folgendes Szenario⁴: demokratische Voraussetzungen beinhalten die Forderung, dass öffentliche Einrichtungen für alle Mitglieder der Gemeinschaft gleichermaßen zugänglich sind, ungeachtet ihrer Rasse oder Gruppenzugehörigkeit. Sollte nun ein Gesetz verabschiedet werden, welches nur einer bestimmten Rasse Zugang zu öffentlichen Einrichtungen gewährt, dann würde es nach der konstitutionellen Auffassung keinen »moralischen Preis kosten« - nicht moralisch bedauerlich sein -, wenn ein Gericht, das nach einer Verfassung die Macht dazu hat, dieses Gesetz als verfassungswidrig wieder aufheben würde.

Das Hauptproblem, welches ich bei diesem mir grundsätzlich nachvollziehbaren und befürwortenswerten Demokratiekonzept sehe, ist die Art und Weise, wie sich eine Gemeinschaft auf die demokratischen Voraussetzungen einigen kann. Diese Frage ist eventuell gleichbedeutend mit der Frage danach, wie sich eine demokratische Gemeinschaft eine Verfassung gibt, mit welchen Entscheidungsverfahren eine Verfassung verabschiedet wird und welche grundlegenden Freiheitsrechte einem jeden Individuum zukommen sollen. Dies scheint für mich eher eine normative Frage zu sein. Als eine Frage der Ausgestaltung des Verfahrens, denn ein Konzept, dass demokratische Entscheidungsprozesse durch eine Verfassung sozusagen kontrolliert wissen will, kann diese Kontrollinstanz ja nur unkontrolliert festlegen. Außerdem stellen sich für mich die Fragen: Welche Folgerungen ergeben sich (noch) aus den demokratischen Voraussetzungen und dem Prinzip der Gleichheit? Und welche anderen Schutzmechanismen

müssen für die Mehrheitsentscheidungen eventuell noch geschaffen werden?

Zur Behandlung dieser und weiterer Fragen bezüglich dem Wert der Demokratie und deren verschiedenen Auffassungen, lege ich dem/der geneigten LeserIn die Lektüre des Buches von Thomas Christiano »Philosophy and Democracy« ans Herz, in dem neben dem Aufsatz von Dworkin zahlreiche andere Autoren ihre Auffassungen und Theorien von Demokratie darstellen.

Dennis Blitz, BDP Hamburg

Dieser Text ist entstanden im Rahmen des Hauptseminars »Demokratietheorien« am Fachbereich Philosophie der Uni Hamburg im Wintersemester 2008/2009 bei Prof. Dr. Rinderle.

Verwendete Literatur:
Dworkin, Ronald (2003). The majoritarian premise and constitutionalism, in: Thomas Christiano, Philosophy and Democracy. An Anthology, Oxford 2003, pp. 241-257.

¹ Ronald M. Dworkin, geboren 1931 in den USA, ist Professor für Rechtswissenschaft an der New York University und dem University College in London.

² Deutsche Übersetzung (db) "Die Mehrheitsprämisse und Konstitutionalismus". Dieser Aufsatz ist erschienen in: Christiano, Thomas (Ed.), Philosophy and Democracy. An Anthology, Oxford 2003, pp. 241-257.

³ "that collective decisions be made by political institutions whose structure, composition, and practices treat all members of the community, as individuals, with equal concern and respect." (Dworkin, 2003, p. 242)

⁴ vgl. Dworkin, 2003, p. 243

DEMOKRATIE UND DIE MACHT DER GEFÜHLE

Gefühle spielen bei demokratischen Entscheidungen eine viel wichtigere Rolle, als wir bisher geglaubt haben. In der politischen Theorie wird Gefühlen indes kein hoher Stellenwert zugewiesen. Die Demokratie vertraut auf die Verstandeskraft der politischen Akteure. Homo rationalis, das ideale Subjekt der neuzeitlichen Sozialwissenschaften, symbolisiert einen Menschen, der seine Gefühle und Neigungen weitgehend im Griff hat und sich von »zweck-rationalen« Erwägungen leiten lässt. Dieses Bild eines rein rational denkenden und handelnden Menschen ist durch die neuen Erkenntnisse der Hirnforschung widerlegt worden. Die alte Forderung der Politik, Gefühle zu unterdrücken und den Verstand walten zu lassen, ist nach Auffassung von Neurobiologen rein physiologisch nicht möglich.

Politik und der Stellenwert der Gefühle

Die Einsicht, dass Politik als lebendiges soziales Geschehen mit all jenen Gefühlen konfrontiert ist, die wir als Menschen tagtäglich erleben, ist so alt wie die Politik selbst. Neu ist: Die Gefühle sind in rationale Entscheidungen eingebunden und als Antrieb für diese unerlässlich. Diese revolutionäre Erkenntnis stellt nicht nur unser neuzeitliches Verständnis von Rationalität in Frage. Die gesamte politische Geschichte könnte mit Blick auf die Erkenntnisse der Emotionsforschung in ein neues Licht gerückt werden. Wie wir mit Gefühlen in der Politik umgehen, ist bislang eine eher verschwiegene Sache, obwohl kein Zweifel daran besteht, dass Gefühle »kulturelle Stile« bis hin zum kulturellen Selbstverständnis ganzer Gesellschaften prägen.

Das Einbeziehen der Emotionen in die Forschung stellt die Politikwissenschaft vor eine Reihe offener Fragen: Was waren die treibenden Gefühle bei der Begründung der Staatsformen in der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit? Welchen Einfluss haben Angst, Hass, Machtgier, verletztes Ehrgefühl, Zorn usw. auf

den Ausbruch von Kriegen und Konflikten? In welche Gefühle sind die Theorien des Konservatismus, des Liberalismus und des Sozialismus eingebettet? Welche Gefühle stehen im Einklang mit demokratischer Rationalität?

Die Geschichte der freiheitlichen Ordnung begann nicht nur mit revolutionären Ideen, sondern auch mit Leidenschaften und spezifischen Gefühlen. Während der Renaissance entstand der Gedanke, Religion und Philosophie seien nicht mehr in der Lage, die destruktiven Leidenschaften des Menschen zu zähmen. Dem absolutistischen Staat der Frühen Neuzeit kam die Aufgabe zu, Affekte, Laster, Gemeinheiten und Egoismen seiner Bürger unter Kontrolle zu bringen und law and order herzustellen. Für Thomas Hobbes, den Theoretiker des Absolutismus, standen »Angst« und »Selbsterhaltungstrieb« im Mittelpunkt seiner Überlegungen. Die liberalen Theoretiker gingen hingegen nicht mehr von der pessimistischen Anthropologie der Epoche der Bürgerkriege aus, sondern von einem optimistischen Fortschrittsglauben. Ihr leitendes Motiv war es, das »Wohlergehen« und die »Zufriedenheit« des Individuums zu sichern. Affekte und Leidenschaften des Menschen sollten nicht unterdrückt, sondern eingespannt und für das Gemeinwohl nutzbar gemacht werden.

Die Dualität von Verstand und Gefühl und die geringe Wertschätzung von Emotionen in der abendländischen Kultur beruht wahrscheinlich auf der Tatsache, dass der triebhafte und zerstörerische Anteil der Gefühle einen Störfaktor für den Verstand und den Fortschritt bilden. Erst die Überwindung der Affekte als Antagonisten der Vernunft könne den Menschen zu einer höheren Form des Daseins als ein Kulturwesen aufwerten. Nur die ratio sei in der Lage, den Menschen aus dem drohenden Meer der Ungewissheit zu retten und zur Insel der Sicherheit zu führen.

Demokratie und Gefahren der Emotionalisierung

Seit einigen Jahren sind wir in den westlichen Demokratien Zeugen einer Verschiebung des politischen Systems: von der Parteien- zur Mediendemokratie. Dieses Phänomen wird von manchen als Mediokratie bezeichnet. Die Politik wird in einer Mediendemokratie zunehmend von den Medien inszeniert. Inhalte lösen sich immer mehr in der Form der Darstellung und im theatralischen Auftritt auf. Die Medienwelt, die unsere Wirklichkeit konstruiert, folgt anderen Gesetzen als Rationalitätskriterien. Ihr Erfolgsrezept lautet: Maximierung von Emotionen und Erregungen, damit die Show ein Höchstmaß an Spannung gewinnt. Da die Politik sich zunehmend an den Funktionsmechanismen des Medienbetriebs orientiert, ist die Auseinandersetzung mit der Rolle von Emotionen in der Demokratie dringender denn je.

Die grundlegenden Stilmittel der Medienberichterstattung lauten: Personalisierung, Emotionalisierung und Dramatisierung. Eine bestimmte Politik wird mit einer bestimmten Person verbunden. Die Wähler nehmen schließlich die Person an Stelle des politischen Programms wahr. Politische Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe werden durch Emotionen bestimmt. Gefühle wie Hass, Neid, Eifersucht, ebenso Mitleid werden ins Spiel gebracht, um das Interesse der Wählerinnen und Wähler zu erwecken. Wirkungsvoll erscheint eine Inszenierung dann, wenn das Element der Dramatisierung ins Spiel kommt. Die Emotionen steigern sich beim Kampf starker Kontrahenten. In einer Ereignisdemokratie sucht die Medienöffentlichkeit nach dramatischem Stoff.

Die tatsächlichen Probleme der Politik, Transnationalisierungsprozesse, die nationale Regierungen zunehmend vor Handlungsprobleme stellen und die Grundlagen jedweder Politik verändern, die exponentielle Zunahme der kommunikativen, wirtschaftlichen, ökologischen

und politischen Verflechtungen, die Delegation von Souveränität und Kompetenzen an supranationale Organisationen, die den Handlungsspielraum der nationalen Regierungen minimiert, sind offenkundig keine interessanten Themen für die Mediengesellschaft.

In der Demokratietheorie spielen die Medien nur eine periphere Rolle. Zur Legitimationsbasis des demokratischen Systems gehört der rationale Prozess der Willensbildung mit Hilfe der politischen Parteien, die eine faire Auseinandersetzung mit der Sache in den Mittelpunkt stellen, obwohl sie von Interessensstandpunkten geprägt sind. Dem gegenüber steht das Bild der rational denkenden und handelnden Bürger, die sich im Diskurs an Themen des öffentlichen Interesses beteiligen und sich weitgehend unabhängig ihre Meinung bilden. Gerade dieses Menschenbild verliert durch die empirischen Befunde der Hirnforschung seine Relevanz.

Demokratie und die Schulung der Gefühle

Bildungsprozesse sind der Rationalität verpflichtet. Eine Aufgabe der politischen Bildung ist die Befähigung der Bürger zu rationaler Urteilsbildung. Politische Bildung heißt nicht nur, politische Vorgänge und Prozesse zu verstehen und den Sinn verfassungsrechtlicher Regelungen zu erkennen. Zu demokratischer Kompetenz gehören Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, die Fähigkeit zur Übernahme anderer Perspektiven, Konfliktfähigkeit, Empathie, die Fähigkeit, Toleranz zu üben und mit Regeln umzugehen.

Die primäre Sprache, die ein Mensch lernt, ist die Sprache der Gefühle, eine globale Sprache im Vergleich mit der logischen Sprache, die er später erlernt. Gefühle helfen uns in der Kommunikation mit anderen Menschen, um mit ihnen adäquat umzugehen. Das menschliche Denksystem hat sich im Laufe der Evolution als Erweiterung des automatischen Gefühlssystems entwickelt, schreibt Damasio. Gefühle überneh-

men dabei verschiedene Funktionen im Denkprozess. Sie können zum Beispiel die Auffälligkeit einer Prämisse verstärken und dadurch die Schlussfolgerung zugunsten dieser Prämisse verschieben. Gefühle helfen, so Damasio, diejenigen Tatsachen im Bewusstsein präsent zu halten, die es bei einer rationalen Entscheidung zu berücksichtigen gilt.

Wie die Emotionsforschung zeigt, bilden Gefühle das Substrat vorangegangener Erfahrungen, früherer Auseinandersetzungen und überdauernder Wertvorstellungen. Sie liefern daher eine plausible Grundlage für das Handeln. Unser Organismus und unsere Psyche lernen schnell und nachhaltig durch starke emotionale Erfahrungen. Diese Mechanismen können schon in frühkindlicher Erziehung und im Schulalter eingesetzt werden, um demokratische Verhaltensweisen spielerisch-emotional zu lernen und zu verinnerlichen.

Welche Gefühle sollen in Verbindung mit demokratischen Tugenden erlernt werden? Dazu einige Anregungen.

Partizipation. Ganz oben auf der Skala der demokratischen Werte steht die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Sie setzt jedoch Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen voraus: Mut haben, Wirkung entfalten und Verantwortung übernehmen. Alle diese Gefühle sollten ganz früh in der Familie und später in der Schule entwickelt und gefördert werden.

Solidarität. Das Zusammengehörigkeitsgefühl von Individuen oder Gruppen in einem Sozialgefüge äußert sich in gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Wer Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft nicht in der Kindheit erlebt und praktiziert hat, wird im Erwachsenenalter kaum in der Lage sein, solidarisch zu handeln.

Gerechtigkeit und Fairness. Gerechtes Handeln setzt eine Reihe von Gefühlen voraus, z.B. sich in andere hineinversetzen zu können, die

Bereitschaft zu teilen, Gleichwertigkeit zu empfinden, Verschiedenheit oder Pluralität zu akzeptieren. Gerecht zu urteilen ist eine Tugend, die sorgsam erlernt werden muss.

Fähigkeit zur Teamarbeit. Menschen handeln in der Regel nach Schemata, die sie im Laufe ihrer Sozialisation entwickelt haben. Wie sie andere sehen, einschätzen und mit ihnen umgehen, verläuft nach einem bestimmten Muster. Wer in seiner Entwicklung ein Freund-Feind-Schema erworben hat, teilt die Menschen in gute oder schlechte ein. Mit »Feinden« ist Kooperation und selbst Kommunikation problematisch. Konkurrenzkampf nimmt nach diesem Schema oft undemokratische Züge an.

Demokratiefeindliche Gefühle. Die Palette der emotional-undemokratisch gesteuerten Dynamiken ist groß: Neid, Wut, Hass, autoritäre Machtausübung, beleidigter Rückzug, Geltungssucht, Rivalität, Kooperationsweigerung, Seilschaften. Die Demokratietheorie setzt sich konzeptionell stillschweigend gegen solche Gefühle ein, die dem Menschen den Verstand rauben, ohne aber eigens auf diese einzugehen.

Fazit

Der Hirnforschung kommt das Verdienst zu, unser Verständnis von der Rationalität und der Gestaltungskraft der Gefühle erweitert zu haben. Die Tatsache, dass Gefühl und Kalkül eng miteinander verknüpft sind und daher gemeinsam zu berücksichtigen seien, wenn politisches Handeln verständlich werden soll, findet zunehmend Zugang in die politische Literatur.

Strategien zu entwickeln, um demokratienützliche Gefühle zu fördern und demokratiefeindliche Emotionen zu dämpfen, ist nicht nur eine individuelle Pflicht, sondern auch eine epistemologische Aufgabe.

Farah Dustbar, Luxemburg

Der vorliegende Text erschien in einer ungekürzten Fassung in »Aus Politik und Zeitgeschichte« (APuZ 44-45/2008).

Der junge Mann mit Mappe und Stift war bemüht, Schutz unter den Ahornbäumen zu finden. Und weil es ihm andere gleich taten, war er mir zunächst nicht aufgefallen. Erst als ihm seine ebenfalls mit Schreibzeug ausgerüstete Begleiterin lauthals zurief, er möge doch unter die Überdachung eines Geschäftes kommen, wurde ich aufmerksam und verfolgte seinen Sprint durch Regen und Hagel. Ein Sommergewitter. Die Geschäfte füllten sich zusehends. Der Mann presste schützend seine Mappe an den Körper, als berge diese ein Manuskript von unersetzlichem Wert.

Sparkasse, Optiker, Schuhladen. Als ich schon gar nicht mehr an die jungen Leute mit dem Schreibzeug dachte, der Himmel sich beruhigt hatte, die Stadt dampfte und die zerissenen Wolken schon wieder ein Blinzeln der Sonne zuließen, befand sich das Pärchen auf einmal in meiner Nähe. Sie etwa Zwanzig, er nicht viel älter, vielleicht Studenten? Sie sprachen Passanten an. Manche winkten ab. Andere gingen ohne Worte.

Diskussionen.

»Ist das etwa auch Demokratie, wenn die einen nicht wissen wie sie über die Runden kommen sollen und die anderen in Saus und Braus leben?«

»Die einen sind Stammkunden bei den örtlichen Tafeln und die anderen tafeln an den Tischen des Reichtums!«

»Schade um das Papier, das hier beschrieben wird!«

Meist war es die junge Frau, die den Inter-

essierten Sinn und Zweck der Aktion erläuterte, während ihr Partner zum Text auf dem Unterschriftbogen Auskunft gab. Ich wurde neugierig und trat zu den Leuten, die interessiert stehen geblieben waren. Bald war die Sache klar, es ging um Unterschriften zur Unterstützung des Volksbegehrens »Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen«.

Immer ein freundliches Wort und die Zauberkraft eines Lächelns.

Fragen, Auskünfte, Antworten. Nicht immer einfach!

Zu erfahren war auch, dass die Bürger Bayerns den vordersten Platz in Sachen kommunaler Demokratie innehaben und Thüringen das Schlusslicht in Deutschland darstellt.

Was ich mir auch gemerkt habe: Die Neufestlegung der erforderlichen Unterschriften auf realer Basis und die Erweiterung des Themenkreises und die Verdoppelung des Zeitraums zur freien Sammlung und die Einbeziehung ausländischer Mitbürger und die gleichberechtigte Unterschrift von Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr.

Der Entwurf zur Änderung des Gesetzes der Thüringer Kommunalordnung war in seinen Einzelheiten ebenfalls abgedruckt.

Mächtig gewaltig! Was gibt es da zu überlegen, Leute?

Damit das Volksbegehren der Landtagspräsidentin übergeben werden kann, sind eine Fünftel Million Unterschriften erforderlich.

Diese gewaltige Anzahl war noch längst nicht erreicht.

Sogleich unterschrieb ich mit schwungvoller Schrift. Andere taten es mir gleich. Andere wieder, steckten das Formular in die Tasche und gingen eiligen Schrittes. Noch andere nahmen sich viel Zeit beim Studium des Textes - man weiß ja heutzutage nie? Und Leute gab es, die gingen ohne jegliche Kenntnisnahme einfach zum nächsten Schaufenster.

Ich sah Freunde und Kollegen, die es auf der Einkaufmeile eilig hatten, rief nach ihnen! Und tatsächlich kamen einige zurück und zögerten auch nicht lange mit ihrem Namenszug.

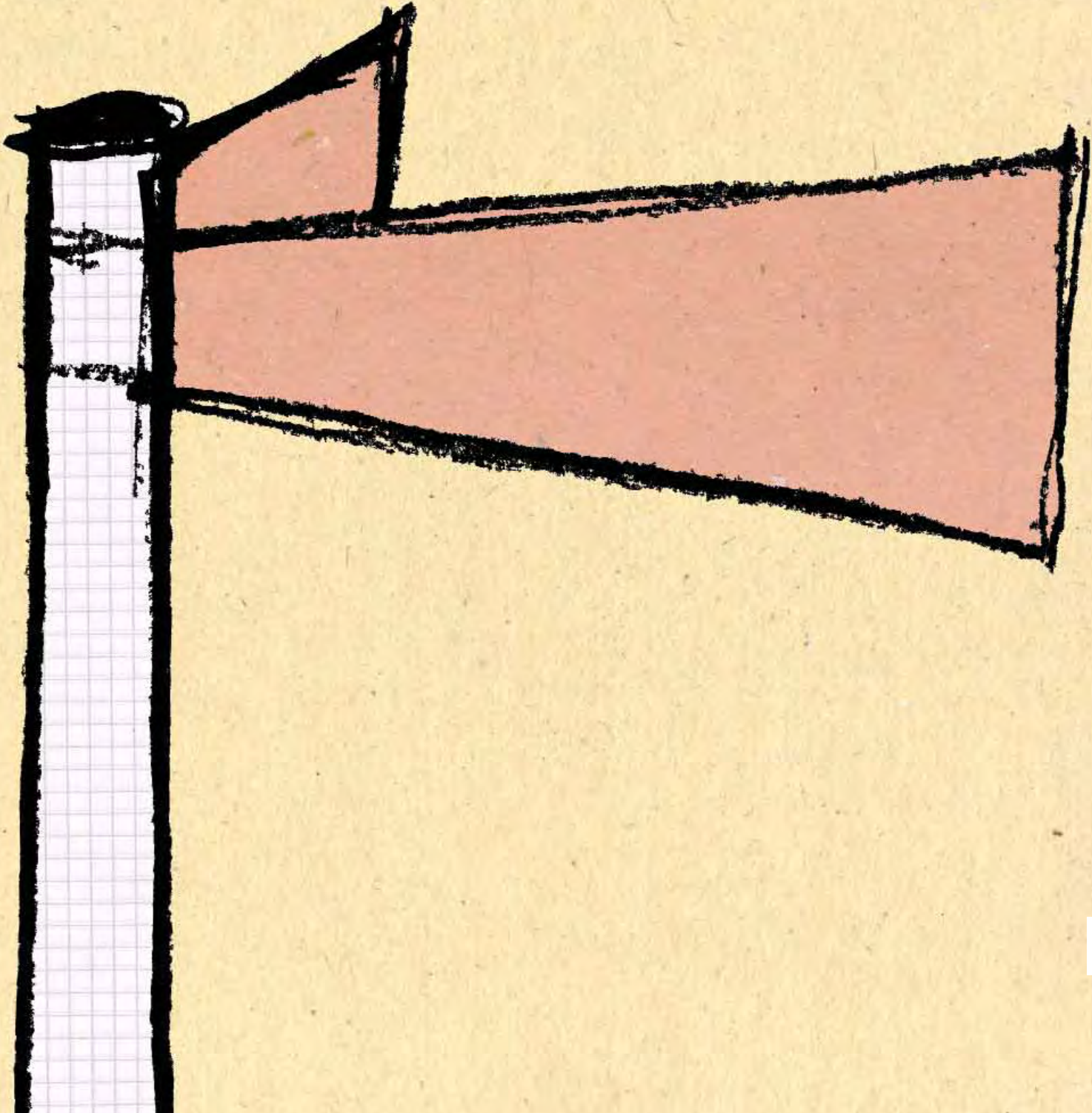
Einige Vordrucke steckte ich mir noch in die Tasche, bevor ich meinen Weg nahm. In der Frauentorstraße und auf dem Marktplatz sah ich Tage später noch so manchen »Einzelkämpfer«, der die wichtigen Blätter an die Frau oder an den Mann brachte. Bewundernswert.

Als später der Erfolg des Volksbegehrens gemeldet wurde und die magische Zahl »Zweihunderttausend« weit überschritten war, hatte ich ein gutes Gefühl.

Übrigens, wie die »Thüringer Allgemeine« später meldete, leistete die letzte mögliche Unterschrift am 19. Juli 2008 um 23:54 Uhr eine junge Weimarerin.

Applaus dem Journalisten!

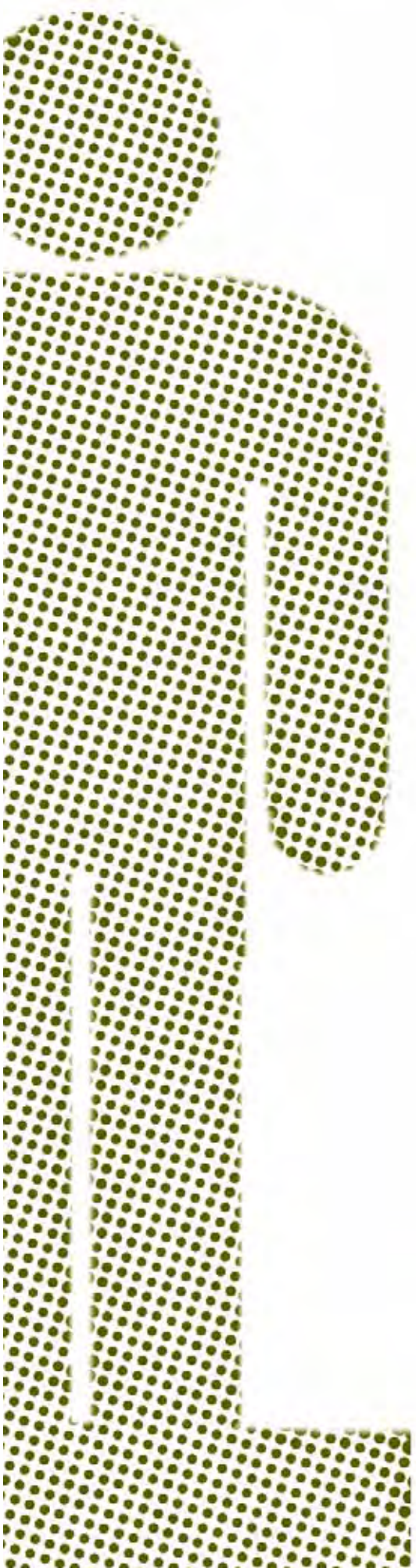
Rudolf Berger, Weimar



Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Gemessen am gesamten gesellschaftlichen Reichtum sind nur die USA und Japan reicher. Rund 38 Millionen Menschen arbeiten mit Hilfe von immer mehr Maschinen und erschaffen eine riesige Anzahl von Gütern und Dienstleistungen. Der gesellschaftlich erzeugte Reichtum nimmt dabei jedes Jahr noch zu. Trotz dieses gigantischen Reichtums gibt es selbst in der reichen Bundesrepublik nicht wenige Arme. Mittlerweile leben in der BRD elf Millionen Menschen in Armut. Kontinuierlich nimmt die Anzahl der in Armut Lebenden zu, insbesondere auch die Kinderarmut.

Die Menschen reagieren auf die zunehmende Verarmung. So gibt es Proteste gegen eine weitere Verarmungspolitik. Gegen Hartz IV gab es Montagsdemonstrationen im ganzen Land. Die Proteste konnten jedoch Hartz IV nicht verhindern und wenn überhaupt nur minimale Veränderungen zugunsten der Hartz IV Empfangenden bewirken. Zur Zeit gibt es wieder politische Bestrebungen, die Leistungen für Hartz IV Empfangende weiter zu kürzen. Gewerkschaften versuchen Tarifverträge mit möglichst guten Arbeitsbedingungen auszuhandeln, wobei es vielfach nur noch darum geht, Verschlechterungen sozial abzufedern. Verdi kämpfte nicht etwa für mehr Lohn sondern für den Erhalt der 38,5 Stunden Woche und streikte, um am Ende eine 39 Stunden Woche auszuhandeln, also um schlimmeres (die 40 Stunden Woche) zu verhindern und nicht um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Menschen organisieren sich, gründen Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, erstellen eigene Seiten im Internet und vieles mehr. All diese Initiativen sind Versuche die durch Armut verlorenen Möglichkeiten wenigstens teilweise wieder herzustellen. So gibt es Elterninitiativen, die Kinderläden betreiben und auf diese Weise eine Kinderbetreuung für

weniger Geld organisieren. Es gibt Fahrgemeinschaften, wo anstatt, dass alle einzeln fahren, gemeinsam gefahren wird und viele andere Versuche der Selbsthilfe. Neben kollektiven Formen sich gegen Folgen von Armut zu wehren versuchen sich viele Menschen allein zu helfen. Sie nehmen mehrere Jobs an, um davon leben zu können. Sie wandern in andere Bundesländer ab oder in andere Staaten, verlassen also vor allem die »Armutsgegenenden« der Bundesrepublik. Andere haben sich mit der Armut abgefunden, sie resignieren, geben sich auf - mit all den Folgen für die eigene Persönlichkeit und des sozialen Umfelds (Familie, Freunde). Psychische Erkrankungen können auch ein Indiz für die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsteile sein. So nahm die Anzahl der psychischen Erkrankungen seit 1990 deutlich zu. Zur Selbsthilfe sind auch die Verhaltensweisen zu zählen, die die materielle Lage verbessern, indem verschiedene staatliche Leistungen in Anspruch genommen werden. Überdies ist es auch eine Form der Selbsthilfe, über den legalen Rahmen hinaus zu versuchen, staatliche Leistungen zu erhalten, indem falsche Angaben gemacht werden. Es gibt also eine Vielzahl von kollektiven und individuellen Reaktionen auf die zunehmende Armut, um eben doch am gesellschaftlichen Leben möglichst umfangreich teilhaben zu können. Einige, vor allem periphere ländliche Räume der BRD sind seit 1990 zu »Armutsregionen« geworden. In diesen Regionen gibt es kaum beschäftigungsintensive Unternehmen, die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, die Kaufkraft gering. Neben der öffentlichen Verwaltung und einigen wenigen mittelständischen Betrieben gibt es meist nichts. Junge Menschen wandern überdurchschnittlich oft ab, die Bevölkerungs- und Geburtenzahlen sinken dramatisch. Mit der zurückgehenden Bevölkerung nimmt die Kaufkraft weiter ab und infrastrukturelle Einrichtungen, wie Schulen, Busverbindungen, Einkaufsgele-



genheiten, Polizeistationen, Gemeindevertretungen, Bibliotheken, Banken und vieles andere verschwinden Stück für Stück. Es entstehen Dörfer, Kleinstädte und Stadtteile, die wie Geisterorte erscheinen. Hier lebt eine Bevölkerung, die vergleichsweise arm ist, eine überalterte Altersstruktur aufweist und die letztlich vor allem von staatlichen Leistungen, wie Hartz IV lebt. Arbeitsagenturen verwalten diese Armut und unterdrücken die Hartz IV Empfänger mit allerlei Regelungen. Solche »Armutsregionen« befinden sich in Mecklenburg-Vorpommern und anderen ostdeutschen Bundesländern, aber auch in einigen Gebieten Westdeutschlands. Rechtsextreme Organisationen, besonders die freien Kameradschaften und die NPD, versuchen nun in einem solchen Umfeld Strukturen aufzubauen, um ihre Vorstellung von Gesellschaft umzusetzen. Gezielt lassen sich Funktionäre der NPD und Naziszene in diesen »Armutsregionen« nieder und versuchen politischen Einfluss zu nehmen, was ihnen in einigen Regionen zunehmend gelingt. Sie können dabei auf bereits bestehende Einstellungen und Denkweisen der Bevölkerung zugreifen, an die rechtsextreme Ideologie andocken kann.

Die Rechten vertreten eine Ideologie der Ungleichheit. Während in westlichen Demokratien zumindest in den Verfassungen davon ausgegangen wird, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben sollen, sehen dies Rechtsextreme anders. Gemäß einer Ideologie der Ungleichheit sollen die Menschen eben nicht gleiche Chancen und Rechte bekommen, sondern einige sollen aufgrund von kulturellen oder körperlichen Merkmalen mehr Chancen und Rechte haben und andere eben weniger und wieder andere noch weniger usw.. Die Folgen einer solchen Denkweise zeigten sich in der Vernichtungsideologie der Nationalsozialisten, die genau aus diesem Denkmuster Menschen millionenfach ermorde-

ten. Auch die bundesdeutsche Gesellschaft bietet jede Menge Anknüpfungspunkte für eine Ideologie der Ungleichheit, so können z.B. Reiche mehr machen als Arme, Asylbewerber haben weniger Rechte als Deutsche und Frauen bekommen noch heute weniger Lohn als Männer. In der gesellschaftlichen Realität ist also immer beides zu beobachten, einmal, dass Menschen gleiche Rechte und Chancen haben und dass Einige offensichtlich mehr Rechte und Chancen haben. Menschenfreunde wollen diese Ungerechtigkeit beseitigen. Rechtsextreme wollen diese Ungerechtigkeit zur Regel machen. Am Ende soll eine »Herrenrasse« über eine Mehrheit entrechteter Menschen herrschen. Da solch ein Programm, zumindest vor dem Hintergrund des Holocausts, nicht ausreichend Anhänger und Anhängerinnen finden wird, gehen die Rechten zunehmend geschickter vor. Sie wollen die Menschen durch »gute« Taten überzeugen, mit einer »Wolf im Schafspelz - Strategie« versuchen sie die kulturelle Vorherrschaft zu erlangen. Sie möchten die Herzen und Köpfe der Menschen erobern, die Straßenhoheit erlangen, in die Parlamente einziehen, sich mit möglichst vielen Rechten verbinden und gezielt Gegner ihrer Ideologie bekämpfen (Ausländer, Schwule und Lesben, Linke, Menschenrechtler, Juden, Moslems, Christen, Demokraten usw.).

»Armutsregionen« gibt es überall auf der Welt und immer gibt es verschiedene Reaktionen auf diesen Zustand. Wie die Menschen in »Armutsregionen« leben hängt eng davon ab, wie sie organisiert sind. Je weiter sich die gesellschaftlichen Zustände von den bürgerlichen Versprechen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit entfernen, desto eher können andere Ideen vorherrschend werden. Solange alle z.B. durch ausreichend Geld an der Konsumgesellschaft teilhaben können, vertraut die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der

herrschenden Gesellschaftsform und sie bleibt stabil. Viele Rechtsextreme wollen die bürgerliche Demokratie mit kapitalistischer Wirtschaftsweise abschaffen und benötigen dafür Menschen, die das auch wollen. Dies funktioniert besonders gut mit Menschen, die von der bestehenden Gesellschaft nichts halten, da sie von dieser ausgeschlossen sind. In »Armutsregionen« können viele Menschen eben nicht an der Konsumgesellschaft teilhaben. Sie glauben eben nicht mehr, dass sie durch Arbeit und Fleiß zu Haus, Auto, Krankenversorgung, Urlaub, Rente und Familie kommen. Bei vielen Menschen in »Armutsregionen« können die Rechten mit ihrer Ideologie der Ungleichheit andocken. Nicht im besonderen Maße bei den »Allerärmsten«, sondern bei denen, die Angst davor haben zu den »Allerärmsten« zu werden. Die Ideologie der Ungleichheit wird also gerade von Menschen angenommen, die nicht direkt von der Armut betroffen sind, aber Angst vor Armut haben. Träger der Ideologie der Ungleichheit sind also nicht vor allem die »Verlierer« im Kapitalismus, sondern diejenigen, die noch an Haus, Auto, Krankenversorgung, Urlaub, Rente und Familie durch viel Fleiß und Arbeit glauben. Ohne Armut jedoch gäbe es keine Angst davor und für die Rechte wäre es um einiges schwieriger an den Alltagsverstand der Bevölkerung anzudocken.

Vom Reden allein lässt sich die Bevölkerung in den Armutsregionen nicht beeinflussen. Das wissen die Rechten auch und lassen sich demzufolge in solchen Regionen nieder und machen so etwas wie »Sozialarbeit«. Sie organisieren Jugendclubs, kleine mittelständische Firmen, gründen Bürgerinitiativen und setzen sich scheinbar lokal für die Belange der Bevölkerung ein. Der selbstlose Einsatz für die Bevölkerung ist als scheinbar zu bezeichnen, da sie gegen alle mit Gewalt und Terror vorgehen, die ihnen etwas entgegensetzen (Demo-

kraten, Kirchen, Linke, Antifa, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen usw.) oder nicht ihrem Weltbild entsprechen (Ausländer, Schwarze, Behinderte, Schwule und Lesben, Moslems, Juden usw.). Rechte schrecken auch vor Mord nicht zurück und vertreiben Andersdenkende und -aussehende aus diesen Regionen.

In einigen Regionen der BRD (z.B. Landkreis Ostvorpommern in MV und sächsische Schweiz in Sachsen) gelingt es den Rechten sich in »Armutsregionen« fest zu verankern. Ein Zeichen dafür ist der hohe Stimmenanteil für die NPD, der in einigen Orten bei ca. 20 Prozent liegt. Die NPD ist dort in Parlamenten vertreten und wird mit stattlicher Infrastruktur und Geld ausgestattet. In diesen Regionen ist das Alltagsbewusstsein vieler EinwohnerInnen schon durch eine Ideologie der Ungleichheit bestimmt. Die Menschen wollen Anderen nicht die gleichen Rechte und Chancen wie sich selbst einräumen. Sie sehen darin die Lösung ihrer Probleme.

Die Rechten sind nicht allmächtig, sie nutzen die Angst der Menschen vor Armut aus. Sie kritisieren die bestehenden Ungerechtigkeiten, um diese gegen andere auszutauschen. Sie wollen ein gutes Leben nur für Menschen, die zu ihrer Ideologie passen, sie wollen keine KritikerInnen, Linken, ChristInnen, Schwule und Lesben, DemokratInnen, Eigenwillige, Selbstbewusste, Nichtdeutsche, Schwarze, Hipies, Hip Hopper, Antifas usw.. Sie wollen ganz bestimmte Menschen, nur solche die ihrem Weltbild entsprechen. Es gibt durchaus einige Möglichkeiten einen Aufstieg der Rechten zu verhindern. In den »Armutsregionen« der Erde herrschen teilweise Kriminelle (z.B. Drogenkartelle in Kolumbien, Mafia in Italien), Fundamentalisten (wie z.B. Hamas in Gaza, Nazis in ostvorpommerschen Dörfern), zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs in

Südamerika) und politische Organisationen (wie die Arbeiterpartei (PT) in einigen Armenvierteln Brasiliens). Armutsregionen können durchaus demokratisch und solidarisch organisiert werden, also so, dass die Bewohner versuchen nach dem Prinzip »gleiche Rechte und Chancen für alle« zu leben. Auch in Fast-Armutsregionen wie dem Wendland (Niedersachsen) oder der Ruppiner Heide (Nord-Brandenburg) haben sich Menschen organisiert, um selbstbestimmt ihre Region zu gestalten und grenzen sich dabei relativ erfolgreich von rechten Politikern ab. Gegen die Rechten und ihre Strukturen hilft nur Gegenorganisation, die herrschenden Verhältnisse zu kritisieren wo immer dies zu kritisieren ist, alternative Strukturen der Selbsthilfe und -organisation zu entwickeln, Bündnisse mit der Zivilgesellschaft bilden, die Menschen und ihre Probleme vor Ort ernst nehmen, Aufklärung zu Kapitalismus, Rechtsextremismus, Alternativen zu betreiben etc. Für die soziale Frage, also vor allem die gesellschaftliche Verteilung von Reich- und Eigentum, müssen Antworten her. Und zwar Antworten, die allen Menschen gleichberechtigt ein gutes Leben ermöglichen. Die Rechten haben auf diese Frage nur ihre Ideologie der Ungleichheit und diese zu Ende gedacht, wird für die Menschheit in eine Katastrophe münden.

Letztlich werden gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen in diesen »Armutsregionen« durch Rechte reproduziert. An Unterdrückung und Ausgrenzung wird sich durch die Umsetzung faschistischer Politik nichts zum Positiven ändern. Diejenigen hingegen, die sich konsequent für gleiche Rechte und Chancen aller einsetzen, können tatsächlich dauerhafte Lösungen für viele Probleme der Menschen finden.

kay nadolny



Crouch, Colin:
Postdemokratie.
Suhrkamp, Frankfurt, 2008
(zuerst in Rom 2003 auf italienisch
erschienen)

Ob der Titel des Buches neugierig macht und verkaufsfördernd wirkt, mag man bezweifeln, wenn man damit die wenig ergiebigen Diskussionen über »Post«moderne assoziiert, aber der Inhalt verdient es allemal, weil der Autor eine äußerst anregende Analyse über die Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts liefert, die zudem in Teilen neue Wege aufzeigt, wie den entdemokratisierenden Tendenzen oder der Politikverdrossenheit etwas entgegengesetzt werden kann. Mit »Postdemokratie« bezeichnet Crouch ein Gemeinwesen, in dem Wahlen weiterhin eine wichtige Rolle spielen und zur Abwahl der jeweiligen Regierung führen können, aber professionelle PR-Teams die Wahlkämpfe dominieren und die diskutierten Themen vorgeben. Die Wahlkämpfe verkommen zu einem Spektakel. »Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar aphantatische Rolle, sie (die Bürger, d.V.) reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt« (S. 10).

Crouch setzt seine Analyse nicht an dieser negativen Tendenz an, beschreibt vielmehr den »Augenblick der Demokratie« als eine idealtypische Situation, die isb. in den ersten Jahren ihrer Entstehung, nach einem Krieg oder nach tiefgreifenden politischen Krisen. In diesen Zeiten ist die politische Begeisterung für Demokratie als politisches System weitverbreitet (S. 14). Doch dann:

Zum einen lässt sich das Niveau demokratischer Aktivität nicht über Jahre aufrechterhalten, weil andere Fragen der alltäglichen Lebensbewältigung in den Vordergrund rücken und zum anderen - und das ist die machtpolitische Thematik, die sich durch das Buch in aller Klarheit durchzieht - lernen die Eliten »recht bald, wie man die Menschen auch unter den veränderten Bedingungen steuern und manipulieren konnte« (S. 16). Das zeigte sich in voranschreitender Weise in den Vereinigten Staaten, deren Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital »auf der Ökonomie der Massenproduktion basierte« (S. 19), als sich Ende der 80er Jahre unter der Regierung Reagan eine Verlagerung der wirtschaftlichen Ausrichtung von eben dieser Massenproduktion auf die Finanzmärkte vollzog. In den Konzepten der amerikanischen Autoren machte sich in dieser Zeit die Vorstellung breit, dass die Macht der Regierung begrenzt sei und die Märkte sich selbst regulieren müssten. Das führte konsequent zu der Vorstellung, Demokratie erschöpft sich in Wahlen (S. 20). Der Autor veranschaulicht seine Beschreibung von Phasen der teils euphorischen Unterstützung von Demokratie in ihren Herausbildungszeiten und einem rapiden Verfall genau dieser Zustimmung bald nach ihrem Höhepunkt mit dem Bild der nach oben geschlossenen Parabel, ihrem steilen Aufstieg, dem Wendepunkt und einen dann folgenden Abstieg. »Am deutlichsten kann man diese parabelförmige Entwicklung in Großbritannien verfolgen, außerdem vielleicht auch in Australien: In beiden Ländern nahm der Einfluss der Arbeiterklasse stetig und in fast allen Bereichen des politischen Lebens zu; danach erlebte sie einen besonders steilen Absturz« (S. 12).

Allerdings setzt sich der Autor auch mit jenen Anzeichen der letzten Jahre auseinander,

der, die eine Demokratisierungstendenz belegen könnten. Es ist zum einen die quantitative Verbreitung von Demokratien auf der Welt zu nennen und zum andern die verschärften Beobachtungen von Regierungen durch Massenmedien und Bürger. Einer darauf fußenden optimistischen Sicht hält Crouch entgegen, dass der aktuelle Zustand der Demokratie vor allem dadurch gekennzeichnet ist, der Macht von Wirtschaftseliten erheblichen Raum gewährt zu haben. Und dieser einflussreiche Lobbyismus spielt sich jenseits der öffentlichen Kontrolle ab.

Eine ganz entscheidende Frage für Crouch bezieht sich auf die Handlungsmöglichkeiten unter den gegebenen Bedingungen: Welche Möglichkeiten einer politischen Beteiligung jenseits von Wahlen haben wir? Soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen haben auch seiner Meinung nach massiv an Bedeutung gewonnen in der letzten Zeit. Sie sind jedoch keinesfalls pauschal als Zeichen von demokratischer Stärkung und Entwicklung zu sehen, weil viele dieser Initiativen »mit einer Abwendung von politischen Institutionen einhergehen« (S. 26). Die Welt der Interessengruppen passe eher zum liberalen Modell als zum demokratischen, wenn man diese beiden Modelle danach unterscheidet, dass das liberale möglichst wenig Regeln vorsieht, während das demokratische gerade über Regeln eine Einschränkung von Macht zu erzwingen sucht. Und in dieser »liberalen Welt« von Interessengruppen und Lobbys verfügen die wirtschaftsnahen Lobbys immer über zwei entscheidende Vorteile gegenüber den anderen. Erstens ihr Engagement zahlt sich im positiven Fall wirtschaftlich aus und die Kosten können von daher als Investitionen betrachtet werden. Bei sozial und bürgerrechtlich fundierten Gruppen bleiben die Kosten Kosten. Zweitens sind die Wirtschaftslobbys finanziell potenter (S. 27f.).

Dennoch sieht der Autor in den neuen Identitäten, die soziale Bewegungen mobilisieren können, entscheidende Chancen. Allerdings kommt es darauf an, den Bezug zur demokratischen Regulierung und Machtausübung und damit ganz wesentlich zu den Parteien aufrecht zu erhalten. Denn nur diese können neue Maßnahmen letztendlich umsetzen. »Die Parteien abzuschreiben und ganz auf unabhängige Organisationen zu setzen, würde aus dieser Perspektive darauf hinauslaufen, sich an der postdemokratischen Verschwörung zu beteiligen« (S. 141). Politiker müssen unter Druck gesetzt werden durch soziale Bewegungen und man sollte bei ihren Klagen über diesen Druck immer wieder thematisieren, welchem Druck sie von ganz anderer Seite und laufend und mit existenziellen Drohgebärden ausgesetzt sind. Die politische Qualität einer sozialen Bewegung misst sich natürlich an ihren Inhalten, sie misst sich aber auch daran, »ob sie einen Beitrag zur demokratischen Vitalität darstellt und ob sie hilft, die Politik davor zu bewahren, zu einem manipulativen Spiel unter Eliten zu verkommen« (S. 150). Zuletzt zählt der Autor eine Reihe von Faktoren auf, die erst in ihrem Zusammenkommen die kapitalistischen Unternehmen genötigt haben, sich auf Kompromisse einzulassen: die Unfähigkeit des Systems zu einer längerfristigen Stabilität (die aktuelle Finanzkrise bestätigt den Autor), die bisweilen unkontrollierbare Gewalt in Konfrontation mit anderen Systemen und wirtschaftlichen Interessen und nicht zuletzt die gewaltfreien Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften als Gegenmacht. Diese Aufzählung, die in Teilen vergangenheitsorientiert ist, muss ergänzt werden um die Potentiale von neuen und zukünftigen sozialen Bewegungen, die der Autor als unerlässlich für eine »Vitalisierung der Demokratie« (155) hält.

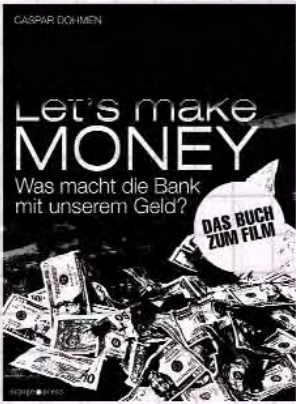
Achim Schröder, Neu-Anspach

Überrascht von wahnsinnigem Finanzgebaren, skrupelloser Rücksichtslosigkeit oder einfach nur der Tatsache, dass da, wo es Gewinner gibt es eben auch Verlierer gibt. All das zeigt der Film anschaulich.

Wagenhofer hat die Orte besucht, an denen die Renditen für die Guthaben erzielt werden. Er war in Niedrigstlohnländern, Steueroasen und in den Finanzzentren der Welt, hat mit Spekulanten gesprochen und mit Kämpfern für Steuergerechtigkeit; mit Wirtschaftserpressern und -erpressungsoffern. Das ist, abseits aller Traurigkeit, fast unterhaltsam. Immer wieder verblüfft die Offenheit derer, die massive Ungleichheit zu verantworten haben. Wagenhofer richtet nicht, sondern stellt dar.

Das Buch zum Film hat Caspar Dohmen verfasst. Der Wirtschaftskorrespondent der Süddeutschen Zeitung liefert Hintergründe, Geschichten und Fakten zum Film. Er klärt auf über die Zusammenhänge zwischen Staatsverschuldung und Steuerparadiesen, Sweatshops und Subprimekrisen. Und nebenbei erläutert er die Basics unseres Wirtschaftssystems.

Christian Hahn, BDP Babenhausen



»Let's make money - Was macht die Bank mit unserem Geld?«
Ein Film von Erwin Wagenhofer
Buch zum Film von Caspar Dohmen
orange press Freiburg, 2008

Es ist nicht bekannt, wie der österreichische Filmemacher Erwin Wagenhofer reagiert hat, als im Oktober vergangenen Jahres pünktlich zur Premiere seines neuen Films das öffentlich wurde, was heute jeder nur »die Krise« nennt. Vielleicht hat er sich sogar ein wenig über den perfekten Zeitpunkt gefreut, den »Let's make money - Was macht die Bank mit unserem Geld?« erwischte, um sich der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Sicherlich war er eines nicht - überrascht.

IMPRESSUM

■ ■ ■

Das Bundesinfo erscheint unregelmäßig alle zwei bis drei Monate.

Es dient der gegenseitigen Information über BDP-Kinder- und Jugendarbeit in allen Bereichen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer Meinung der Redaktion wieder.

■ ■ ■ Weitere Exemplare können bestellt werden beim

Bund Deutscher PfadfinderInnen ■ Bundesverband ■ Baumweg 10 ■ 60316 Frankfurt fon ■ (069) 43 10 30 ■ fax (069) 4 05 95 95 ■ e-Mail: bundesverband@bdp.org

■ ■ ■ Verlag: Jugend und Politik, Frankfurt am Main

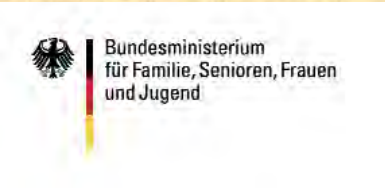
■ ■ ■ Herausgeber BDP Bundesverband

■ ■ ■ Redaktion: Julian Goll, Lena Hondrich, Sadeé Quest, Esther Philips, Laura Selle, Jutta Nelißen, Charlie Morgenweck, Christian Hahn

■ ■ ■ Gestaltung und Illustration: Jutta Nelißen & Christian Hahn

■ ■ ■ Fotos: BDP Rheinland-Pfalz, Eike Rösch, orange press und Sparkasse Bielefeld (Dworkin)

■ ■ ■ Herzlichen Dank für die Mitarbeit an Susanne Hegner, Thomas Leiberg und alle Autorinnen und Autoren



Das Bundesinfo wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

ADRESSEN

■ ■ ■ Bund Deutscher PfadfinderInnen e.V. ■ Baumweg 10 ■ 60316 Frankfurt/Main ■ fon [069] 43 10 30 ■ fax [069] 4 05 95 95 ■ e-mail: bundesverband@bdp.org
■ Homepage: www.bdp.org

■ ■ ■ Landesverbände und freie Untergliederungen

■ Baden-Württemberg

Grafenberger Straße 25 ■ 72658 Bempflingen ■ fon [0 71 23] 93 28 38/39 ■ fax [0 71 23] 93 28 40 ■ e-mail: lv.baden-wuerttemberg@bdp.org

■ Berlin

Kaubstraße 9-10 ■ 10713 Berlin ■ fon [030] 8 61 14 18 ■ fax [030] 8 61 40 26 ■ e-mail: lv.berlin@bdp.org

■ Brandenburg

Kaubstraße 9-10 ■ 10713 Berlin ■ fon [030] 8 61 14 18 ■ fax [030] 8 61 40 26 ■ e-mail: lv.brandenburg@bdp.org

■ Bremen

Heinrichstraße 21 ■ 28203 Bremen ■ fon [0421] 32 38 07 ■ fax [0421] 32 38 09 ■ e-mail: lv.bremen@bdp.org

■ Die Wilde Rose

Tschaikowskiweg 4 ■ 14480 Potsdam ■ e-mail: wilderose.ikj@googlemail.com

■ Hamburg

Alfred-Wegener-Weg 3 ■ 20459 Hamburg ■ fon [040] 8 81 20 11 ■ fax [040] 8 81 20 11 ■ e-mail: lv.hamburg@bdp.org

■ Hessen

Baumweg 10 ■ 60316 Frankfurt ■ fon [069] 43 10 76 ■ fax [069] 4 05 95 95 ■ e-mail: lv.hessen@bdp.org

■ Niedersachsen

Albstedterstraße 29 ■ 27628 Albstedt ■ fon [0 47 46] 95 10 16 ■ fax [0 47 46] 72 57 66 ■ e-mail: lv.niedersachsen@bdp.org

■ Nordrhein-Westfalen

Goethestraße 66 ■ 44147 Dortmund ■ fax [02 31] 82 80 104 ■ e-mail: lv.nordrhein-westfalen@bdp.org

■ Rheinland-Pfalz

Alte Schule ■ 55444 Waldlaubersheim ■ fon [0 67 07] 96 00 36 ■ fax [0 67 07] 96 00 38 ■ e-mail: lv.rheinland-pfalz@bdp.org

■ Schleswig-Holstein

Bismarckstraße 9 ■ 24392 Süderbrarup ■ fon [0 46 41] 35 02 ■ fax [0 46 41] 35 02 ■ e-mail: lv.schleswig-holstein@bdp.org

■ Soziale Bildung

Friedrichstraße 23 ■ 18057 Rostock ■ fon [0 381] 127 33 63 ■ e-mail: bildung@soziale-bildung.org

■ Thüringen

Unterlauengasse 2 ■ 07743 Jena ■ fon [0 36 41] 66 60 58 ■ fax [0 36 41] 66 60 58 ■ e-mail: lv.thueringen@bdp.org

■ ■ ■ Bildungsstätten

Alte Feuerwache ■ Axel-Springer-Straße 40-41 ■ 10969 Berlin ■ fon [030] 25 39 92/20 ■ fax [030] 251 89 06

JBS Kaubstraße ■ Kaubstr. 9-10 ■ 10713 Berlin ■ fon [030] 8 73 42 14 ■ fax [030] 8 61 62 49

BDP-Gäste-Etage in der Fabrik Osloer Straße ■ OsloerStr. 12 ■ 13359 Berlin ■ fon [030] 493 10 70 ■ fax [030] 4 94 10 63

Jugendgästeetage ■ Baumweg 10 ■ 60316 Frankfurt ■ fon [069] 43 10 63 ■ fax [069] 405 95 95

JBS Bempflingen ■ Grafenbergerstr. 25 ■ 72658 Bempflingen ■ fon [0 71 23] 93 28 38/39 ■ fax [0 71 23] 93 28 40

Jugendhof Bessunger Forst ■ Aschaffenerstr. 183-187 ■ 64380 Roßdorf ■ fon [0 61 51] 14 51 71 ■ fax [0 61 51] 14 83 63

JBS Neu Anspach ■ Schulstraße 3 ■ 61267 Neu Anspach ■ fon [0 60 81] 4 17 72 ■ fax [0 60 81] 96 00 83

Vogtscher Hof ■ Beuernsche Straße 2 ■ 34587 Felsberg ■ fon [0 56 62] 93 00 80

Jugendgästehaus Geretsried ■ Bundesstraße 11 Nr. 3 ■ 82538 Geretsried ■ fon [0 69] 43 10 30

JBS Hütten ■ Ortsstraße 11 ■ 07381 Hütten ■ fon [0 36 47] 41 47 71 ■ fax [0 36 47] 41 89 36

JBS Rauenthal ■ Hauptstraße 6 ■ 65345 Rauenthal ■ fon [0 61 23] 7 44 12 ■ fax [0 61 23] 7 55 87

Tagungshaus Rittergut e.V. ■ 99955 Lützensömmern ■ fon [036041] 4 19 14 ■ fax [036041] 4 20 66

■ ■ ■ Verlag

Verlag Jugend und Politik ■ Baumweg 10 ■ 60316 Frankfurt/M ■ fon und fax [069] 405 95 95 ■ e-mail: info@jugendundpolitik.de ■ www.jugendundpolitik.de